Nr. 24. — 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Dienstag, 25. Februar 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

„Parität" in der Ostmark.

Seit dem Jahre 1902 ist bekanntlich im Extraordinarium des Kultusetats ein Fonds zu Beihilfen bei Kirchenbauten an deutsche evangelische und katholische Gemeinden der Ostmarken ausgeworfen, von dem über 2 500 000 ℳ an evangelische und nur eine halbe Million Mark an katholische Gemeinden gezahlt wurden. Als wegen dieser ungerechten Verteilung der Baugelder der Kultusminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. d. M. interpelliert und gebeten wurde, die Parität mehr zu berücksichtigen, erklärte er, „die katholische Kirche würde ebenso berücksichtigt, wie die evangelische Kirche". Das hört sich ja schön an, in der Wirklichkeit sieht es aber ganz anders aus. Daß die deutschen Katholiken in den Provinzen Posen und Westpreußen trotz ihrer deutschen, patriotischen Gesinnung den Protestanten auf allen Gebieten, so auch auf dem kirchlichen, zurückgesetzt werden, dafür kann die deutsch-katholische Gemeinde in Bromberg den besten Beweis liefern. Seit Jahrzehnten ist für diese Gemeinde die „Kirchenbaufrage" akut geworden, der Bau der Kirche ist seit mehreren Jahren beschlossen, die Bauzeichnungen sind angefertigt und für den Bauplatz ist Sorge getragen worden, doch hört man nichts davon, wann mit dem Kirchenbau begonnen werden soll, während evangelische Kirchen in und um Bromberg wie Pilze aus der Erde wachsen. Den protestantischen Gemeinden bereitet man keine Schwierigkeit, eine Kirche zu bauen. Sobald nur die Platzfrage gelöst ist, geht die Sache in schnellem Tempo vorwärts; denn eine Geldfrage kennen sie nicht, da springt der Staat ein und bewilligt häufig sechs Siebentel der Bausumme, ein kaiserlicher Prinz übernimmt das Protektorat und in drei Jahren steht die Kirche fix und fertig da.

Ebenso wie in Bromberg ist auch in Schneidemühl durch das rapide Anwachsen der katholischen Bevölkerung der Bau einer zweiten Kirche seit vielen Jahren zu einem unabweisbaren Bedürfnis geworden; zählt doch die Parochie über 9600 Seelen, denen nur ein Kirchlein aus dem 16. Jahrhundert, das gegen 850 Personen faßt, zur Verfügung steht. Schon im Februar 1904 hatte der dortige Kirchenvorstand den Bau einer zweiten Kirche beschlossen und als Bauplatz die im Zentrum der Stadt gelegenen Propsteiländereien ausgewählt. Der Landtagsabgeordnete, Schuldirektor Ernst, der die Kirchennot aus eigener Anschauung kennt, hat diese seinerzeit im Abgeordnetenhause besprochen, worauf das Kultusministerium sofort eingehenden Bericht vom hiesigen Magistrate einforderte. Die kirchlichen Körperschaften hielten in Sachen des Kirchenbaues eine Sitzung nach der andern ab, Vertreter der Regierung zu Bromberg erschienen, es wurde hin und her debattiert, die Kostenfrage erledigt und die Zeichnungen zwecks Genehmigung der Regierung eingereicht. Daß die Genehmigung nicht erteilt werden würde, hielt man für gänzlich ausgeschlossen, hatte doch ein Vertreter der Regierung geäußert, „das Geld liegt schon bereit, der Staat trägt den Löwenanteil", und war nicht der Fonds im Kultusetat für die deutschen katholischen Gemeinden in Posen bereit gestellt worden, warum sollte die deutsche katholische Parochie in Schneidemühl nichts bekommen? — Nach langer Zeit traf von der Regierung endlich der Bescheid ein, daß, solange die Pfarrstelle nicht ordnungsmäßig besetzt sei, die Kirchenbaufrage ruhen müsse". Seit einem Jahre hat die Gemeinde einen neuen Propst, und die Kirchenbaufrage wurde von neuem aufgerollt. Die ganze Sache fing wieder von vorn an, neue Zeichnungen wurden von der Behörde eingefordert, und von dieser auch die Frage aufgeworfen, ob sich die alte Kirche durch einen Anbau nicht erweitern ließe. Bis heute ist noch keine Aussicht vorhanden, daß die katholische Gemeinde in Schneidemühl in Bälde die zweite Kirche bekommt. Die evangelische Gemeinde war hierin glücklicher. Diese beschloß auch vor vier Jahren den Neubau einer dritten Kirche. Zu dieser sind vom Staate bereits die Baugelder bewilligt worden, so daß noch im Laufe des Jahres mit dem Bau begonnen werden kann. Es ist auch nicht bekannt geworden, daß der evangelische Kirchenrat in Sachen des Kirchenbaues mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätte, sobald nur der Bauplatz angekauft war, wickelte sich die Angelegenheit mit Hilfe des königlichen Konsistoriums allein und mühelos ab.

Wenn der Kirchenbaufonds des Kultusministeriums nur zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken Verwendung finden soll, wie der Minister behauptet, so hat die katholische Parochie in Schneidemühl die Anwartschaft darauf, da die Gemeinde fast durchweg rein deutsch ist und auch einen Kirchenvorstand besitzt, der aus „Nationalkatholiken" besteht. Wie in Bromberg und Schneidemühl, so geht es in punkto „Kirchenbaufonds" auch anderen deutschen katholischen Gemeinden der Provinzen Posen und Westpreußen. Hier wäre ein dankbares Feld, auf dem der Verband deutscher Katholiken, den die Staatsbehörde, der Ostmarkenverein und der Evangelische Bund so kräftig unterstützen, zur Förderung katholisch-kirchlichen Lebens segensreich wirken könnte. — Im übrigen ist es für uns deutsche Katholiken in den Ostmarken ganz von Vorteil, wenn man uns moralische staatliche Nackenschläge und Zurücksetzungen verabfolgt, vielleicht kommt manch einer zur Besinnung und erkennt, daß nur eine straffe Organisation in den Ostmarken und besonders der katholische „Volksverein" von nöten ist.

Tages-Ereignisse.

* Berlin, 23. Februar 1908.

Der Kronprinz hat im Zusammenhang mit seinen praktischen Arbeiten im Ministerium des Innern am Freitag dem Berliner Polizeipräsidium einen Besuch abgestattet. Er nahm u. a. eingehende Informationen über Berliner Verkehrsfragen und Verkehrstechnik entgegen.

Die Quellenschutzkommission des Abgeordnetenhauses nahm am Freitag die Regierungsvorlage mit unwesentlichen Änderungen an.

Die deutschen Bodenreformer halten in diesem Jahre ihren Bundestag zu Ostern in Stuttgart ab.

Der oldenburgische Landtag stimmte der Vorlage über die direkte Wahl zum Landtage zu.

In der **Abendsitzung des Preuß. Abgeordnetenhauses** vom Freitag, über die wir schon kurz berichteten, wurde der Titel „Dispositionsfonds für das Elementarschulwesen" (445 278 ℳ), ebenso die Ausgaben für Taubstummen- und Blindenwesen und das Extraordinarium (200 000 ℳ) zur Förderung der Leibesübungen und Volksjugendspielen und schließlich der Titel für Kunst und Wissenschaft bewilligt.

* * *

Steuern auf Streichhölzer!

Ein Herr Schulz aus Hannover hat dem Reichstage eine Petition unterbreitet, die die **Fahrkartensteuer beseitigen** und die **Zündhölzer besteuern** will. Die Petitionskommission hat diese Petition dem Reichstage als Material überwiesen. Der Mann begründet seinen Vorschlag dahin: Die Fahrkartensteuer habe die Erträge vermindert und der Staat sei der Leidtragende. 30 Millionen sollte die Fahrkartensteuer abwerfen, dies werde sie nie. Eine Zündholzsteuer würde diesen Ertrag aber bringen, denn sie bringe in Frankreich 33—35 Millionen, wobei 10 Millionen für Unkosten abgingen. Da Deutschland größer sei, würden die Streichhölzer als Reichsmonopol mindestens 40 Millionen einbringen. — Na, schließlich kommen wir auch noch dazu, daß — überflüssige Petitionen an die Parlamente besteuert werden.

Eine teure Abrechnung.

In der Budgetkommission des Reichstages beschäftigte man sich am Freitag mit der Abrechnung für den **Krieg in Deutsch-Südwestafrika.** Die Aufwendungen für den Krieg betragen **384 Millionen Mark,** aber die Abrechnung geht außerordentlich langsam vor sich. Deshalb stellt das Zentrum den Antrag Gröber, nur eine teilweise Abrechnung nach Stichproben vorzunehmen und dafür statt der in den Etat eingestellten 120 000 ℳ nur 20 000 ℳ zu verwenden. Staatssekretär Dernburg schätzt die **Kosten der Abrechnung auf ein bis anderthalb Millionen Mark.** Unterstaatssekretär Dr. v. Lindequist bestreitet die Möglichkeit, ein wirklich vollkommen klares Bild zu geben. Über Millionen von Ausgaben seien Abrechnungen überhaupt nicht vorhanden, die Belege zum Teil abhanden gekommen, eine Reihe von Beamten, die früher im Schutzgebiet tätig waren, nicht mehr dort, andere verstorben. Schließlich werden auf Antrag des Referenten Dr. **Semler** (ntl.) **100 000 ℳ für die Abrechnung** (!) eingestellt.

Reichsschatzsekretär Sydow.

Wirkl. Geh. Rat Reinhold Sydow, Unterstaatssekretär im Reichspostamt, der neu ernannte Staatssekretär des Reichsschatzamtes, wurde am 14. Jan. 1851 geboren. Er studierte in Berlin und Heidelberg Jura, wurde 1870 Referendar in Münster und nach fünf Jahren Assessor. Seine erste Anstellung fand er 1876 als Kreisrichter in Halle a. S., wo er nach drei Jahren ans Landgericht I in Berlin, im April des folgenden Jahres schied er aber aus dem Justizdienst aus und wurde als Oberpostrat ständiger Hilfsarbeiter beim Reichspostamt. 1899 zum Geheimen Postrat ernannt, übernahm er dort nach Ausscheiden des Direktors Scheffler die von diesem geleitete II. Abteilung. Im Reichstag ist Sydow vielfach mit



Exzellenz von Sydow,
der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Erfolg als Vertreter des Staatssekretärs aufgetreten. Auf juristischem Gebiet hat er sich als Schriftsteller einen Namen erworben. 1901 wurde er Unterstaatssekretär, 1905 Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Exzellenz.

Ein neuer Block im Reichstage: der Kulturkampfesblock.

Im vorigen Jahre schon hat die **Missionsschule in Engelport** an der Mosel zu harten Kämpfen geführt. Die katholische Mission hat von jeher, zu einem guten Teile im Gegensatz zu den evangelischen Missionen, allerhöchsten Wert darauf gelegt, daß die Eingeborenen nicht bloß für das Christentum gewonnen, sondern auch durch Erziehung zur Arbeit und zur Kultur dauernd daran gefesselt werden. Die Erziehung der Eingeborenen zur Kultur setzt aber bei den Missionaren wie dem gesamten Ordenspersonal eine eingehende Ausbildung auf landwirtschaftlichem Gebiete voraus, und diese Ausbildung muß auf die speziellen Verhältnisse der Kolonien zugeschnitten sein, weil dort eine andere Agrikultur betrieben wird und werden muß, als bei uns in Deutschland. Der Staat unterhält für seine weltlichen Interessenten die Kolonialschule in Witzenhausen, die katholische Mission hat, speziell um auch Weinbaufachleute in die Kolonien schicken zu können, in Engelport an der Mosel eine derartige Schule errichtet.

Im vorigen Jahre standen 20 000 ℳ im Etat, von denen 10 000 ℳ auf die Kolonialschule in Witzenhausen und 10 000 ℳ auf Engelport entfielen. Als die Kulturkämpfer, die nach der neuen Reichstagswahl in den Reichstag einzogen, das herausfanden, gingen sie gleich mit großem Geschrei dagegen an, und zuletzt erklärte der Licentiat **Everling,** der Häuptling des Evangelischen Bundes, drohend, im nächsten Jahre werde man sich des näheren darüber unterhalten. Diese Art Unterhaltung hat jetzt am Freitag in der **Budgetkommission des Reichstages** ihren Anfang genommen.

Die Regierung hat inzwischen die Position anders gefaßt, sie will für jeden Schüler dieser Schule 300 ℳ Zuschuß bewilligen, sodaß auf **Engelport** mit 22 Schülern insgesamt 6600 ℳ anstatt der bisherigen 10 000 ℳ entfallen. Darüber setzte es denn eine Debatte ab von der Art, wie sie schon im vorigen Jahre zu verzeichnen war. Dr. **Arning** (ntl.) lehnt grundsätzlich eine Unterstützung von Missionen ab. **Lattmann** (Wirtsch. Vgg.) würde an sich nicht gegen eine solche Unterstützung sein, wenn dabei die Parität gewahrt bleibe. Aber in Engelport würde lediglich eine katholische Mission unterstützt. Dr. **Spahn** (Ztr.) weist unter Darlegung größeren Zahlenmaterials darauf hin, daß Witzenhausen tatsächlich eine evangelische Anstalt sei, wenn sie auch als interkonfessionell gelte. Katholische Eltern könnten ihre Söhne dorthin nicht schicken. Das bestreitet Dr. **Arning** (ntl.). Frhr. v. **Richthofen** (kons) ist für die Bewilligung des Titels, weil die Unterstützung nun schon einmal gewährt wird. Handelte es sich um eine neue Einrichtung, würde auch er ablehnen. **Ledebour** (Soz.) ist gegen die Unterstützung von Engelport, um Staat und Kirche in nicht noch engere Verbindung zu bringen; er hat aber für die Tätigkeit der Missionen hohe Anerkennung; sie leisteten kulturell viel mehr, als andere Faktoren in den Kolonien. Dr. **Dohrn** (frs. Vgg.) behauptet dann, daß eine in Windhuk begründete Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Engelport genannt, den dortigen Farmern Anlaß zu Klagen über Konkurrenz im Handel und Grunderwerb gäbe. Staatssekretär **Dernburg** erklärt, daß Klagen darüber nicht eingegangen seien; die Gesellschaft habe zwei Farmen errichtet, und Dr. **Spahn** erläutert die Einrichtung der Gesellschaft dahin, daß es der Kongregation in einer anderen Form nicht möglich sei, Grundstücke in den Kolonien zu erwerben. Die angeforderten Mittel kämen nicht der Mission zugute, sondern dienten der Kulturtätigkeit. Dr. Dohrn (frs. Vgg.) behauptete dagegen wiederum, daß Engelport eine konfessionelle Erwerbsgesellschaft in Süd-Westafrika geschaffen habe; das dürfe man nicht unterschätzen.

Dr. **Arendt** (Rp.) versucht sich dann **als Diplomat;** er beantragt infolgedessen eine Trennung des Titels und zwar dahin, daß die 6600 ℳ für Engelport „zur Ausbildung von Handwerkern und Landwirten in den Kolonien" verwendet werden sollen. **Dieser Antrag wird schließlich mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen.** Dabei trat eine neue Blockform in die Erscheinung, der **Kulturkampfsblock.** Es stimmten nämlich dagegen die **Nationalliberalen, Freisinnigen, Wirtschaftliche Vereinigung** und die **Sozialdemokraten.**

Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Eisenbahnfahrkarten

von zwei auf vier Tage wird mit dem Inkrafttreten des **Sommerfahrplanes** am 1. Mai erfolgen. Neudrucke der Karten sind nicht erforderlich, da ja die jetzigen Karten keinerlei Vermerk über Gültigkeitsdauer enthalten. Auch die Doppelkarten im Nahverkehr werden vom 1. Mai ab vier Tage gelten. Die vom Minister Breitenbach in Aussicht gestellte **Ermäßigung der Gepäckfracht** für Gepäckstücke von mehr als 200 Kilogramm soll ebenfalls am 1. Mai in Kraft treten.

Abermals ein Kaiserwort

macht die Runde durch die liberale Presse. Danach soll der Kaiser zum Fürsten Bülow im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform und auf die „Wühlereien der Zentrumspresse" geäußert haben: **„Ich wünsche, daß Sie bleiben!"** — nämlich auch, wenn der Block zerfällt. So melden die „Münchener Neuesten Nachrichten", fügen aber wohlweislich selbst hinzu, sie wüßten nicht, ob das Wort auch wirklich gefallen sei. Daß der Kaiser so ähnlich sich ausgedrückt haben kann, ist sehr leicht möglich, nur vermuten wir, daß weniger die „Wühlereien der Zentrumspresse", als vielmehr die jetzt Mode gewordenen Versicherungen der freisinnigen Presse, ihnen liege an dem Schicksal des Fürsten Bülow gar nichts mehr, sowie überhaupt die Schwierigkeiten der Bülowschen Politik im Reiche wie in Preußen dem Kaiser Veranlassung gegeben haben, den Reichskanzler durch ein Wort des Vertrauens zu ermutigen. Die Wendung: **„auch wenn der Block zerfällt"** sagt doch wohl deutlich genug, wo die Ursache eines etwaigen Rücktrittes des Fürsten Bülow zu suchen wäre. Vielleicht können die „Münchener Neuesten Nachrichten" auch mitteilen, wie sich das Gespräch zwischen Kaiser und Kanzler weiter abgewickelt hat. Es ist doch sicher auch erörtert worden, wie sich die parlamentarische Lage des Fürsten Bülow gestalten möchte, nachdem der Block zerfallen. Der Kanzler hat ja bekanntlich erst vor 2½ Monaten seinen Rücktritt für den Fall, daß die Blockmehrheit nicht zusammenhalte, in sichere Aussicht gestellt. Damals machte er also sein Verbleiben im Amte von der Reichstagsmehrheit abhängig; soll das heute nicht mehr gelten? Ist man heute wieder zu der altpreußischen Überlieferung zurückgekehrt, wonach das Ausharren der Minister im Amte nur von dem Willen des Monarchen abhängt? Diese Frage ist wichtig genug, um eine klare Antwort zu heischen, und zwar stellen wir sie aus prinzipiellen, nicht aus persönlichen Gründen. Das muß man ja heutzutage ausdrücklich betonen, weil man überall nur „Wühlereien" des Zentrums gegen den Fürsten Bülow wittert. Die Person des gegenwärtigen Reichskanzlers ist uns dabei sehr gleichgültig; sollte er, was wir nicht wissen, die Bürde seines Amtes zu schwer empfinden, obwohl ja die Sorge um die Stengelsche Nachfolge zu schwinden beginnt, so ist daran ganz gewiß nicht das Zentrum schuld, sondern lediglich — der Block.

Aus den Kommissionen.

Eine Übertragung der Unfallfürsorge auf Polizeibeamte und Feuerwehrleute soll, wie am Donnerstag ein Regierungsvertreter in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses erklärte, demnächst durch Reichsgesetz vorgesehen werden. Der Entwurf werde demnächst zur Vorlage kommen; rückwirkende Kraft werde er jedoch nicht haben.

Die Tierhalterkommission des Reichstages nahm am Donnerstag den Regierungsentwurf (Abänderung des § 833 BGB.) unverändert in der Fassung der Regierungsvorlage an, sowie eine Resolution, daß das bisher nicht versicherungspflichtige Fahrpersonal versicherungspflichtig werden soll.

Zum Submissionswesen. Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses nahm am Donnerstag einen Antrag Hammer (kons.) betreffend die Änderung der Bestimmungen über das Verdingungswesen in folgender Fassung an: „Bei der Ermittelung von Preisen für Unterhaltungsarbeiten von staatlichen Bauten wird dem Handwerk seitens der beteiligten Behörde eine Einwirkung zugestanden durch Heranziehung von Sachverständigen. Die Sachverständigen werden den ausschreibenden Beamten für die am Orte in Frage kommenden gewöhnlichen handwerksmäßigen Arbeiter von der Handwerkskammer genannt."

Die Vereinsgesetzkommission

des Reichstages hat Donnerstag die erste Lesung der Vorlage mit Ausnahme des Sprachparagraphen beendet. Zum letzten Paragraphen, § 16, der die landesrechtlichen Vorschriften aufzählt, die durch das Vereinsgesetz unberührt bleiben, gibt Abg. Trimborn die Erklärung ab, daß das Zentrum unbeschadet seiner grundsätzlichen Stellung davon Abstand nehme, das Recht der geistlichen Orden und Kongregationen im Vereinsgesetz zu regeln, „weil nach Lage der Verhältnisse und dem bisherigen Laufe der Kommissions-Verhandlungen irgend ein Erfolg damit nicht zu erzielen sein würde".

Ausland.

Belgien.

Wieder eine Anleihe des Gegensultans Abdul Asis! In Brüssel ist L. Mokri, der Vertreter des Sultans Abdul Asis eingetroffen, um, wie es heißt, wegen einer Anleihe für den Sultan zu verhandeln.

Frankreich.

Zur neuesten Spionageaffäre. Der Ingenieur **Julliot,** der Erbauer des „Patrie", teilte einem Berichterstatter mit, der verhaftete Architekt Krummholz habe ihm vorgespiegelt, daß er ihm den Friedenspreis der Nobelstiftung verschaffen könne, da die Pacifisten der Ansicht seien, daß das lenkbare Luftschiff eines der wirksamsten Mittel zur Erhaltung des Friedens bilden werde. **Krummholz** habe ihn auch zu dem Friedensapostel Frederik Passy geführt, der ihn zwar sehr freundlich aufgenommen, aber hervorgehoben habe, daß er jedenfalls noch viel zu jung sei, um sich um den Nobelpreis bewerben zu können.

Der **Kampf gegen die Kirche** nimmt seinen Fortgang. Den neuesten gesetzgeberischen Vorstoß bildet das sogen. **Devolutionsgesetz,** das den Heimfall der Kirchen und Pfarrhäuser sowie der frommen Stiftungen an die Gemeinden regelt und die allem Rechtlichkeitsgefühl hohnsprechende Bestimmung enthält, daß auch die Schenkungen, die für Seelenmessen ausgesetzt sind, eingezogen und zu Wohltätigkeitszwecken verwendet werden sollen. Das Gesetz wurde dadurch notwendig, daß die Gerichte in ihrer überwiegenden Mehrzahl das Trennungsgesetz nicht in dem Sinne auslegten, den die Regierung ihm geben wollte. Die Vorlage ist von der Kammer bereits angenommen und steht jetzt im Senat zur Beratung. Die Katholiken protestieren natürlich gegen den beabsichtigten Eingriff in das Privatrecht, die „Enteignung der Toten"; es ist aber bemerkenswert, daß auch die Gläubigen anderer Bekenntnisse sich dem Proteste anschließen. Eine Anzahl hervorragender Protestanten hat an den Senat eine Eingabe gerichtet, in der sie bitten, dem Gesetzentwurf die Bestätigung zu versagen. Es ist nicht zu hoffen, daß irgend welche Vorstellungen bei den Senatoren besonderen Eindruck machen werden.

Spanien.

Finanzschwierigkeiten in Spanien. Dem Pariser „Eclair" wird aus Madrid telegraphiert, daß die Demission des **Finanzministers Osma** unmittelbar bevorstehe, da dieser der Ansicht sei, daß die durch die Rüstungen und Erhöhung der Schiffahrtstarife entstehende Mehrausgaben sowie die Verringerung der Einnahmen ein bedeutendes Defizit verursachen müßten.

Bulgarien.

Die Exkommunikation des Fürsten Ferdinand. Über den Papst und die zweite Ehe des Fürsten Ferdinand von Bulgarien erklärt ein katholischer Würdenträger in der „Neuen Freien Presse": „Da die große Exkommunikation niemals über den Fürsten verhängt worden ist, so kann, wie sehr auch der Papst sich weigern mag, ihm Dispens zu erteilen, jeder Bischof auf **eigene Verantwortung** es tun. Der Fürst konnte also an die katholischen Bischöfe seines Landes herantreten, welche die Angelegenheit nicht nur vom Gesamtstandpunkt der katholischen Christenheit, sondern auch vom Sonderstandpunkt des Bulgarentums aus betrachten konnten. Der apostolische

Delegat in Philippopel, Monsignore Menini hat offenbar auf eigene Verantwortung dem Fürsten Ferdinand den Dispens erteilt und die katholische Trauung erlaubt, nachdem die Zusicherung erfolgt ist, daß etwaige aus der zweiten Ehe hervorgehende **Kinder katholisch getauft** und **erzogen** werden."

England.

Eine antimilitaristische Propaganda großen Stils wird soeben in der englischen Armee versucht. Es zirkulieren überall, wo englische Truppen liegen, **sozialistische Pamphlete**, in denen Tommy Atkins (wie der Soldat in England genannt wird) daran erinnert wird, „daß er unter einem barbarischen militärischen Gesetz lebt, und daß er nur angeworben wurde, um für die kapitalistischen Klassen zu kämpfen und ihren Besitz zu wahren". Die englischen Sozialisten verlangen jedoch nicht die Aufhebung der Armee überhaupt, sie verlangen nur eine **Demokratisierung** derselben und die sogenannte „Zivilisierung" des militärischen Dienstes. Bei der Armeeverwaltung und der Regierung hat dieses Vorgehen **eine** große Aengstlichkeit wachgerufen. Man traut den englischen Soldaten, der viel weniger mit Lust und Liebe bei der Sache ist, als der deutsche Soldat, schon zu, daß er sich leicht von diesen sozialistischen Werbern **wird** einfangen lassen.

Rußland.

Warum General Stössel verurteilt wurde. General Stössel wurde für schuldig erkannt, weil er die Festung Port Arthur übergeben hat, bevor alle Mittel zu ihrer Verteidigung erschöpft waren, ferner weil er seine Amtsgewalt nicht angewandt und sich eines **Disziplinarvergehens** schuldig gemacht hat. Die von dem Gerichtshofe vorgeschlagene Strafmilderung wird deshalb beantragt, weil Port Arthur von einer überlegenen Streitmacht belagert und unter General Stössels Leitung mit beispielloser Hartnäckigkeit verteidigt wurde. Die ganze Welt wurde durch die Haltung und den Mut der Garnison in Staunen gesetzt. Ferner wurde die **Begnadigung** empfohlen, weil Stössel mehrfache Anstürme auf Port Arthur unter kolossalen Verlusten des Feindes abgeschlagen, während der ganzen Belagerung den Heldengeist der Verteidiger aufrechterhalten und an der Verteidigung tatkräftig teilgenommen hat.

Mord. Wie aus **Sosnowice** gemeldet wird, wurde an der russischen Grenze ein Gendarmerieoffizier von unbekannter Hand durch drei Revolverschüsse **getötet.** Die Täter entkamen.

* * *

* **Berlin,** 23. Februar 1908.

□ **Der Adel und das Offizierkorps.** Die vielbeklagte Tatsache, daß bei vielen wichtigen Regimentern anscheinend **prinzipiell keine Bürgerlichen** als Offiziere angenommen werden, ist jetzt an einer wichtigen Stelle **durchbrochen** worden. Die letzte Ausgabe des Militär-Wochenblattes meldet u. a. die Beförderung des Fähnrichs Carp vom 2. Garde-Dragoner-Regiment Kaiserin Alexandra von Rußland, zum Leutnant. Der neuernannte Leutnant Carp **ist der erste Offizier ohne Adelsprädikat, den die Gardekavallerie seit Jahren wieder erhält. Wie war es möglich?** Nun, der Mann ist Ausländer. Er ist **ein Rumäne,** ein Sohn des Staatsmannes **Petrache Carp,** der verschiedene Male ein Ministerportefeuille in Rumänien innegehabt hat.

× Der **„Reichsanzeiger"** meldet die Dienstentlassung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Dr. Frhr. v. **Stengel** unter Verleihung des Großkreuzes des Roten Adlerordens und gleichzeitig die Ernennung des Unterstaatssekretärs **Sydow** zum Staatssekretär des Reichsschatzamts. Staatssekretär Sydow wurde nach einer



Freiherr von Stengel,
Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

weiteren Meldung des „Reichsanzeigers" zugleich zum preußischen Staatsminister und Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt.

□ **Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** setzte am Freitag die Beratung des **Eisenbahnetats** fort. In der Generaldebatte über die Aufstellung des Etats bemängelte ein Kommissionsmitglied, daß eine sehr starke Belastung der Ausgaben der Eisenbahnverwaltung nach dem Osten gegangen sei, obwohl dort die Rentabilität weit geringer sei, als im Westen; im Westen würden die Bahnen trotz ihrer Rentabilität zur Leistungsfähigkeit gelangen, weil für sie viel zu wenig aufgewandt worden sei. Eine **dauernde Erhöhung der Einkommensteuer könne nicht bewilligt werden,** bevor nicht der Etat richtig aufgestellt sei. Minister **Breitenbach** bestreitet, daß die Ausgestaltung zu knapp sei. Allerdings sei zugegeben, daß in den 90er Jahren manches unterlassen sei, aber niemand habe die Verkehrsentwickelung von 1903 bis 1907 voraussehen können. Unterstaatssekretär Dombris führt aus, finanziell habe die Eisenbahnverwaltung sich günstig entwickelt. Mit den Ausgabeüberschreitungen seien die Einnahmeüberschreitungen Hand in Hand gegangen. Ein Kommissionsmitglied erkennt die Schwierigkeit, den Etat richtig aufzustellen, an, erwartet aber, daß nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahre für 1909 eine vorsichtigere Bemessung vorgenommen werde. Einen Teil des Defizits auf erhöhte Einkommensteuer zu nehmen, lehne er mit seinen Freunden entschieden ab, da dies nicht auf den Mißerfolg eines Jahres hin geschehen dürfe. Man könne noch ein Jahr warten. 40 Millionen mehr durch Anleihen aufzunehmen, sei bei den Aufwendungen des Extraordinariums zu erwerbenden Zwecken wohl angängig. Wenn seine Partei auch an ihren Grundsätzen von 1892 festhalten wolle, so müsse in Ausnahmefällen doch davon abgegangen werden. Der Finanzminister sucht die gemachten Einwendungen zu widerlegen. Eine Erhöhung der Einkommensteuer sei notwendig, um einen Teil des Mehrbedarfs für Beamten, Geistliche und Lehrer, der sich jetzt auf 127 Millionen bezifferte, zu bestreiten.

÷ **Strenge Sühne.** In der Berliner Zeitung „Wahrheit", die Eigentum des Reichstagsabgeordneten Bruhn von der Deutschen Reformpartei ist, erschien kurz vor dem **Bülow-Brand-Prozeß** ein Artikel, in dem der Neffe des Fürsten Bülow, **der cand. jur. Bernhard v. Bülow,** als Verleumder seines Onkels und als homosexuell bezeichnet worden ist. Trotzdem sofort nach der Beendigung des Brandprozesses der verantwortliche Redakteur Weber die Angriffe zurücknahm, wurde er am Samstag zu der schwersten Strafe von **2 Monaten Gefängnis** verurteilt. Es ist zu wünschen, daß die Gerichte auch in anderen Fällen gegen schwere Beleidigungen mit solcher Strenge einschreiten; alsdann darf man auch hoffen, daß der Duellunfug seiner wirksamsten Begründung beraubt wird.

○ **Der Entwurf zur Regelung der Steuerprivilegien der Beamten** soll, wie verschiedene Zeitungen berichten, dem preußischen Landtage zugegangen sein. Wir können demgegenüber feststellen, daß dies **nicht der Fall ist.** Auch die Meldung, daß die beiden Gesetzentwürfe über die Beamtengehälter und die Offiziersbesoldungen voraussichtlich am 10. März dem Reichstag zugehen würden, ist unzutreffend.

○ **Keine christlichen Universitäten** Die „Nordd. Allgemeine" schreibt: In der Presse wird neuerdings auf Grund eines irrigen Parlamentsberichtes mehrfach behauptet, der **Kultusminister habe im Abgeordnetenhause die Erklärung abgegeben, er werde an dem christlichen Charakter unserer Universitäten festhalten.** So bringt das „Berl. Tagebl." in der Abendausgabe vom 20. Februar einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Der Kultusminister und die Universitäten", worin abermals auf diese angebliche Aeußerung zurückgegriffen und im Anschlusse daran ein scharfer Angriff gegen den derzeitigen Leiter der Unterrichtsverwaltung erhoben wird. Demgegenüber **muß nachdrücklich festgestellt werden,** daß der Minister nichts auch nur ähnliches gesagt hat. Wie die „Norddeutsche" weiter erklärt, ist der Irrtum zurückzuführen auf eine mißverständliche Auffassung einer Aeußerung des Kultusministers im Abgeordnetenhause am 13. Februar, daß die **Professoren der Theologie** berufen seien, **auch** an der **christlichen Charakterbildung** ihrer Schüler mitzuwirken.

Diese **Aengstlichkeit,** auch den Schein nur zu vermeiden, daß der christliche Charakter der Universitäten irgendwie betont werde, ist mehr als bezeichnend. Sie zeigt mit Deutlichkeit, wieweit die Konzessionen an den Liberalismus gehen. Es ist nun ein eigentümliches Zusammentreffen, daß an demselben Abend, an dem die „Nordd. Allg. Ztg." das genannte Dement bringt, sich auch die „Deutsche Tageszeitung" mit dem christlichen Charakter unserer Universitäten unter der Annahme beschäftigt, daß der preußische Kultusminister gesagt habe, er werde bemüht sein, ihn festzuhalten. Das Blatt schreibt zutreffend: „Daß die Universitäten nach ihrer Entstehung und nach ihrer Geschichte einen christlichen Charakter haben, kann nicht geleugnet werden, wenn auch dieser Charakter bedauerlicher Weise mit der Zeit sehr abgeblaßt ist. Trotzdem und gerade deswegen wird man es dem Unterrichtsminister danken müssen, wenn er sich nicht scheut, offen zu erklären, daß er diesen christlichen Charakter nach Möglichkeit wahren wolle. . . Die Universitäten sollen als solche **nicht konfessionell** sein, wohl aber einen allgemein christlichen Charakter bewahren. Wenn der Kultusminister sich bemüht, diesen Charakter festzuhalten, so kann er der Zustimmung und des Dankes der christlichen Volkskreise gewiß sein." Man halte diesen Ausführungen den Eifer der offiziösen „Nordd. Allg. Ztg.", mit Nachdruck festzustellen, daß der Minister **nichts auch nur ähnliches** gesagt habe, gegenüber und man wird ohne Mühe erkennen, wohin der Weg geht.

□ **Es wird verhandelt . . .** Wie der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet wird, hat die **Herrenhauskommission** gestern ihre Berichte über **das Enteignungsgesetz** fertiggestellt. Es wird nun um eine Verständigung zwischen den Konservativen beider Häuser und der Regierung sehr lebhaft **verhandelt,** namentlich geschieht alles, um die Mitglieder des Herrenhauses, von denen man annimmt, daß sie für die Regierung stimmen werden, zu der entscheidenden Sitzung am 26. cr. heranzuziehen. An eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage oder an die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses glaubt man nicht, man sieht sich nach einem **Kompromiß** um.

+ **Kiel,** 24. Febr. **Professor Friedrich von Esmarch** ist 85 Jahre alt **gestorben.** Das Kaiserpaar sandte an die Gemahlin des Verschiedenen, Prinzessin Henriette, ein in den herzlichsten Worten gehaltenes Beileidstelegramm.

□ **Euskirchen,** 21. Febr. **Landtagsabgeordneter Pingen** (Ztr.), Euskirchen, hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten **niedergelegt.**

Nürnberg, 24. Febr. Der Nestor des Landesausschusses der freisinnigen Partei Bayerns, der achtzigjährige **Oberlandesgerichtspräsident Strößenreuther, ist gestorben.** St. war seinerzeit Untersuchungsrichter gegen Kuhlmann, der das Kissinger **Attentat** auf Bismarck verübt hatte.

München, 21. Febr. **Der Kaiser** wird, wie verlautet, im Herbst dieses Jahres **wieder München besuchen** zur Einweihung der neuen preußischen Gesandtschaft und der Schackgalerie, die damit verbunden wird, sowie zum Besuch der Ausstellung, die in diesem Jahr in München stattfindet.

* **München,** 22. Febr. Die Neuesten Nachrichten veröffentlichen eine Zuschrift der Ortsgruppe München des **deutschen Hochschullehrertages,** in der festgestellt wird, daß die Blättermeldung, die Ortsgruppe München wolle **Protest gegen die Existenz katholisch-theologischer Fakultäten** erlassen, **unbegründet** ist. In den Versammlungen der Ortsgruppe ist **nicht ein Wort darüber gesprochen** worden.

+ **München,** 21. Febr. Betreffs der **Zulassung von Absolventen der Realgymnasien zum juristischen Studium,** wurde gestern ein Antrag des Abgeordneten Einhauser, Zentrum, gegen einen Teil des Zentrums angenommen. Der Justizminister hat gleichfalls seinen früheren absolut ablehnenden Standpunkt gegenüber der **Gleichberechtigung von Abiturienten der Gymnasien und Realgymnasien,** wesentlich gemildert, sodaß die Gleichberechtigung in Bayern jedenfalls in nächster Zeit durchgeführt werden wird.

Prag, 21. Febr. **Die Landtagswahlen in Böhmen.** Gestern fanden die Landtagswahlen in den Landgemeinden statt. Unter den **bisher** gewählten Abgeordneten sind 25 tschechische Agrarier, ein Jungtscheche, ein Mitglied der tschechisch-katholischen Volkspartei, ein selbständiger Agrarier, zwei deutsche Fortschrittler, elf deutsche Agrarier, fünf Deutsch-Radikale, zwei Mitglieder der deutschen Volkspartei, fünf Schönerianer, zwei selbständige Nationalisten, darunter Minister Peschka, ein freinationaler Agrarier und ein Wilder.

↕ **Brüssel,** 24. Febr. Aus dem Postwagen eines Zuges ist vorgestern zwischen Brüssel und Mecheln ein **Geldbrief mit 56 000 Fr. entwendet** worden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

□ **Paris,** 23. Febr. **Amtliche Bestätigung der französischen Niederlage in Marokko.** Aus Casablanca wird unterm 19. Februar gemeldet, die Kolonne, die am 16. Februar von Buznika aus General d'Amade entgegenmarschierte, kam in dem Gebiet der Uledzeyer in der Niederung, wo es schwierig war, Artillerie zu verwenden, mit zahlreichen Abteilungen der Marokkaner ins Gefecht. Am 17. Februar wiederholte der Feind den Angriff und durchbrach zweimal die französischen Karrees, welche sich mit Hilfe der Bajonette befreiten. Die Truppen kehrten aufs äußerste erschöpft nach ernsten Verlusten nach Fedala zurück. Sie mußten vorher einen erbitterten Kampf um die Leichen der gefallenen Offiziere, die sie schließlich mitnehmen konnten, aushalten. Dieses Gefecht hat in Casablanca phantastische Gerüchte über den Angriff Casablancas durch die Marokkaner entstehen lassen. Von dem Kriegsschiff „Kleber" sind 15 Mann gelandet, nur zu dem Zwecke, um die den Wachdienst versehenden Zuaven abzulösen.

Paris, 23. Febr. **Spionageaffäre Ullmo.** Der Schiffsfähnrich Ullmo wurde vom Marinekriegsgericht zu **lebenslänglichem Gefängnis** und zur Degradation verurteilt.

Paris, 21. Febr. **Eine Anfrage über Marokko im Senat.** Kriegsminister **Piquardt** beantwortete die Frage des Senators Gaudin, ob **deutsche** Zieler den Geschützen der Hafidschen Truppen beigegeben seien, folgendermaßen: Ich weiß nicht, ob fremde Artilleristen den Anhängern Hafids beistehen. Wenn das der Fall ist, so würden die Auftraggeber jener Artilleristen ihr Geld zu bedauern haben, denn die Hafidschen Geschütze sind recht mittelmäßig bedient. Selten, daß mal ein Geschoß in der Nähe unserer Linien niederfällt, und niemals wurde ein solcher Treffer sachgemäß ausgenützt. . . Schließlich gelangte im Senat folgende Tagesordnung ohne Abstimmung zur Annahme: Der Senat, welcher der Tapferkeit der Truppen seine Anerkennung zollt und in die Regierung das Vertrauen setzt, daß sie in Marokko die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs gemäß der Algecirasakte durchführen wird, geht zur Tagesordnung über.

= **Lissabon,** 24. Febr. **Der König räumt auf.** König Manuel hat sämtliche Hofbeamten seines Vaters, welche die Diktatur Francos begünstigten, verabschiedet.

London, 24. Febr. Hier herrschte gestern **heftiger Sturm.** Bei London wurde ein Eisenbahnzug von den Schienen über die Böschung geweht. **Sechs Reisende wurden getötet.**

Auf dem Balkan.

* **Wien,** 21. Febr. Nach Meldung der Neuen Freien Presse hat **die deutsche Reichsregierung der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß Österreich in der Sandschakbahnfrage auf die Unterstützung Deutschlands zählen könne.**

* * *

Gleich drängt sich auch **England** zur **Einmischung** in die Balkanangelegenheit:

Der **Balkanausschuß** des englischen Unterhauses beschloß, wie aus **London** berichtet wird, die Regierung aufzufordern, nicht zuzulassen, daß das Reformwerk zugrunde gehe. Da Österreich durch sein Eisenbahnunternehmen gehindert sei, sein Mandat auszuüben, müsse die Verpflichtung, die Reform zu übernehmen, **solchen Mächten** übertragen werden, die bereit sind, auf die Pforte den erforderlichen Druck auszuüben.

Unter „solchen Mächten" steht natürlich **England** an erster Stelle.

* * *

≈ **Rom,** 21. Febr. Das Blatt „Vita" will positiv erfahren haben, daß infolge der österreichischen Aktion auf dem Balkan **Rußland, England und Serbien einen geheimen Vertrag für den Bau der Transversallinie geschlossen hätten,** vorausgesetzt, daß auch Italien für ein Viertel der Kosten aufkomme. Die „Vita" hebt die enorme Bedeutung der Angelegenheit hervor und sagt, Italien dürfte keineswegs vergessen, daß es eines Weges bedürfe, der es Saloniki nähere und zugleich den bulgarischen Handel aufnehme.

× Zur Lage im Baugewerbe.

Der Deutsche **Arbeitgeberbund** für das Baugewerbe hielt unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Baurat Felisch-Berlin am 17. und 18. Februar d. Js. im Tivolisaal in Hannover seine 9. ordentliche Generalversammlung ab. Dem Bunde gehören jetzt 18 Landes- resp. Bezirksverbände und 389 Ortsverbände mit insgesamt 18 300 Mitgliedern an. — In Erledigung der umfangreichen Tagesordnung wurde mit Einstimmigkeit der folgenschwere Beschluß gefaßt, daß **an dem vom Bunde herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe** und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, **am 1. April d. Js. die Baugeschäfte geschlossen werden;** ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen. Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß **bei eintretender Arbeitseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehendste Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.** — Weiter wurde ein Vertragsmuster für Vereinigungen zwischen Bauarbeitgeberverbänden und Baumaterialienhändlern dem Vorstande zur endgültigen Festsetzung und mit der Ermächtigung, das Muster in Wirksamkeit treten zu lassen, überwiesen. — Bezüglich Versicherung gegen Streikschäden wurde einer Resolution zugestimmt, daß die Frage für das Baugewerbe zurzeit noch nicht spruchreif sei und deren weitere Entwickelung verfolgt werden solle.

Oeffentl. Stadtverordneten-Sitzung

□ **Dülmen,** 22. Februar 1908.

In der am Freitag Nachmittag abgehaltenen Sitzung brachte der Vorsitzende Herr C. Holthöwer vor Eintritt in die Tagesordnung ein ihm vom Stadtverordneten Herrn Thiemann zugesandtes Schreiben betr. Beanstandung der in der Sitzung vom 7. Februar vorgenommenen Wahl zweier Stadtverordneten in die Schuldeputation des Schulverbandes Stadt Dülmen zur Kenntnis. Dasselbe hatte bereits eine entsprechende schriftliche Beantwortung des Magistrats erhalten, welcher die Beschwerde für unbegründet hält. Auch diese kam zur Verlesung und nach einer sich hieran anschließenden Debatte wurde beschlossen, auf die Beschwerde vorläufig nicht weiter einzugehen und sie dem Beschwerdeführer zu event. eigenem weiteren Vorgehen zurückzugeben.

Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten und der einzige Punkt derselben, „Beschlußfassung über die Deckung des Kommunaldefizits und Festsetzung des Etats der Stadtkasse einschl. der Nebenetats und zwar der städt. Rektoratschule, der gewerblichen Fortbildungsschule und des Schulverbandes Stadt Dülmen für das Rechnungsjahr 1908" kam bei Verlesung der einzelnen Etats zur Beratung, wobei der anwesende Herr Bürgermeister entsprechende Erläuterungen zu den einzelnen Positionen gab.

Hierauf erfolgte die Genehmigung und Feitsetzung derselben unter besonderer Abstimmung darüber, ob der Etat der jüdischen Volksschule gleichfalls mit den Etats der beiden christlichen Volksschulen auf den Gemeindeetat zu übernehmen sei, was mit großer Majorität beschlossen wurde.

Der Stadtkassenetat wurde in Einnahme und Ausgabe zur Summe von 161 359,97 ℳ festgesetzt und die übrigen Etats in der vom Magistrats vorgeschlagenen Weise. Das Defizit von 124 281 ℳ soll wie folgt aufgebracht werden:

a) durch Belastung der Einkommensteuer mit 200 Prozent;
b) der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit 220 Prozent;
c) der Betriebssteuer mit 100 Prozent.

Diejenigen Steuerpflichtigen bezw. Eingesessenen, deren jährliches Gesamteinkommen den Betrag von 800 ℳ nicht übersteigt, werden wie bisher von der Beitragspflicht entbunden. Nach dem Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1906 sind die Schullasten, welche bisher nicht auf den Kommunaletat übernommen waren, auf diesen zu übernehmen. Hierdurch hat sich das Stadtkassendefizit um 39 717 Mark erhöht. Wegen der Kommunalsteuerfreiheit des Herzoglich v. Croyschen Hauses, welches bisher zur Schulsteuer herangezogen wurde, ist der Uebergang der Schullasten auf die Gemeinde besonders wichtig, weil diese Heranziehung des Herzogs zu den Schullasten mit dem 1. April 1908 aufhört, wodurch der Stadt ein erheblicher Ausfall entsteht, welcher auch durch den Beitrag der Forensen zu den Schullasten nicht ausgeglichen wird. Indes sollen, wie wir hören, Unterhandlungen schweben, wonach die Standesherrschaft zu einer Deckung des Ausfalles sich event. bereit erklären will. Auch ein Staatszuschuß soll nicht ganz ausgeschlossen sein. Vorläufig sind seitens der Stadt zur Deckung der Schullasten, welche mit 48 365 ℳ angesetzt sind, 5000 ℳ von den Ueberschüssen des Gaswerkes in den Etat eingestellt.

Bei den Ausgaben für Nahrungsmitteluntersuchung regte Herr Stadtverordneter Dr. Mues an, die Untersuchung auch auf Milch auszudehnen, welchem Wunsche Folge geleistet werden soll.

Ein Antrag des Herrn Thiemann auf Inanspruchnahme eines Staatszuschusses für die gewerbl. Fortbildungsschule, welche für 1908 einen städt. Zuschuß von 990 ℳ erfordert, wurde vertagt, da man der Ueberzeugung war, daß der Zuschuß ein zweischneidiges Schwert sein würde in Bezug auf Revision, Vorschriften, Anschaffungen usw.

Westfalen — Rheinland.

* **Dülmen,** 25. Februar 1908.

≈ **Das Wetter** ist in den letzten Tagen recht veränderlich. Ein Schneefall bedeckte heute morgen die Erde mit einem weißen Mantel. Samstag abend hatten wir ein heftiges Gewitter mit starkem Sturm, der auch die Nacht hindurch noch anhielt. Wie verlautet, soll der Blitz Samstag abend gezündet und in der Richtung nach Senden zu ein Haus in Brand gesetzt haben. Das Feuer war weithin sichtbar. Näheres konnten wir darüber bis jetzt nicht erfahren.

)(**Der Gesangverein „Germania"** beschloß mit seiner gestrigen humoristisch-komischen Abendunterhaltung den Kranz der diesjährigen Fastnachtsfestlichkeiten. Der Sternemannsche Saal, welcher durch die vielfach vorhandenen humoristischen Kopfbedeckungen ein recht karnevalistisches Gepräge trug, war bis auf den letzten Platz besetzt. Der rührige Verein hatte ein ungemein reichhaltiges Programm aufgestellt, deren einzelne Nummern von den Anwesenden mit vielem Dank aufgenommen wurden und den Mitwirkenden reichen Beifall einbrachten. Ein gemütliches Tanzkränzchen beschloß das schön verlaufene Fest.

○ **Handwerker-Kursus.** Die Handwerker, Meister und Gesellen, sowie Interessenten werden besonders aufmerksam gemacht auf den vorletzten Vortrag am Dienstag abend um 8 Uhr. Dieser Vortrag wird handeln über unsere Steuergesetze und Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens für Einkommen- und Gewerbesteuer.

Diebe haben sich in unserer Stadt die stürmische Nacht zum Sonntag mehrfach zu Nutze gemacht. So wurde z. B. der Simons'sche Schokoladen-Automat erbrochen und der Inhalt, Geld und Schokolade, geraubt. — In der Wirtschaft des Herrn Löbding hat jemand den Keller einer Revision unterzogen, verschiedene Weinsorten probiert und dann die Reste stehen lassen. Der Einbrecher ist durch die Haustür wieder entkommen. — Auf der Josephsstraße hat Samstag abend ein Unbekannter die Unvorsichtigkeit mehrerer Hausbewohner ausgenutzt, und die Hausschlüssel, welche in den Türen steckten, herausgezogen und mitgenommen.

* **Spar- und Darlehnskassen.** Ihr 25jähriges Stiftungsfest können im laufenden Jahre im Regierungsbezirke Münster folgende Spar- und Darlehnskassen-Vereine begehen: Amelsbüren, Ascheberg, Beckum, Darup, Diestedde-Sünninghausen, Haltern, Hiltrup, Hövel-Bockum und Nottuln.

* **Getreidemarkt.** Die fortgesetzt billigen Angebote von Weizen aus Nord- und Südamerika, ferner die günstigen Saatenstandsberichte und das wachsende Angebot auf den meisten Märkten haben veranlaßt, daß auch die Preise für Weizen und Roggen wiederum um 3 bis 4 ℳ pro Tonne gesunken sind,

und entwickelte sich bei den niedrigeren Preisen ein ziemlich lebhaftes Geschäft. Auch Gerste, Hafer und Mais sanken im Preise um 2 bis 3 Mark pro Tonne.

★ **Der Soldat ist kein Staatsbeamter**, so hat kürzlich das Oberlandesgericht in Düsseldorf entschieden. Am 14. September 1903 ist der Straßenaufseher L. aus Ohenrath mit seinem Rade gestürzt, als vier Kürassiere des Rheinischen Kürassier-Regiments Graf Geßler Nr. 8, die nach Beendigung des Manövergefechtes in das Quartier rückten, ihn von hinten einholten und an ihm vorbeiritten. L. behauptet, von dem Kürassier J. überritten worden zu sein und macht diesen und den Reichsmilitärfiskus für die Folgen des Unfalles verantwortlich, indem er gegen beide Klage erhob. Diese wurde vom Landgericht, soweit sie gegen J. gerichtet war, dem Grunde nach für gerechtfertigt angesehen; dagegen wurde die Klage gegen den Fiskus kostenpflichtig abgewiesen. Die vom Kläger gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht zurückgewiesen. In der Begründung wird ausgeführt, daß zwar das Pferd Eigentum des Fiskus sei, aber der Führung seines Reiters folge; er Schaden sei daher nicht durch das Tier verursacht. Das B. G.-B. spreche aber nur von der Haftung des Staates und der ihm gleichgestellten Verbände für den von ihren Beamten zugefügten Schaden. Ein Soldat, der seiner Militärpflicht genüge, sei aber nicht Beamter, obwohl er Mitträger der Staatsgewalt und Teilnehmer an ihrer Ausführung sei. Die an den Militärfiskus gestellten Schadenersatzansprüche seien daher abzuweisen.

○ **Kündigung des Mietsvertrages infolge Versetzung des Mieters.** Nach § 570 des B. G. B. können Beamte, Militärpersonen, Geistliche und Lehrer an öffentlichen Unterrichtsanstalten im Falle der Versetzung nach einem andern Orte das Mietverhältnis in Ansehung der Räume, welche sie für sich oder ihre Familie an dem bisherigen Garnison- oder Wohnorte gemietet haben, unter Einhaltung der gesetzlichen Frist (§ 565 a. a. O.) kündigen. Diese Bestimmung ist so zu verstehen, daß z. B. ein Beamter, welcher im Januar, Februar oder März die Verfügung über seine Versetzung erhält, zu Ende Juni seine bisherige Wohnung kündigen kann, vom 1. Juli ab also keine Miete mehr zu bezahlen braucht, wenn auch in dem abgeschlossenen Mietvertrage eine längere, etwa halbjährliche Kündigungsfrist vereinbart sein sollte, wonach er erst zum 1. Oktober würde kündigen können. Eine zwischen dem Vermieter und Mieter etwa getroffene Abmachung, wonach der Letztere auf die ihm gesetzlich zugestandene kürzere Kündigungsfrist verzichtet, ist nach einem Urteile des Reichsgerichts nichtig, da die erwähnte Bestimmung als sogenanntes „zwingendes Recht" anzusehen ist. Für den Beamten ist ja ohne Interesse, bis zu welchem Termin er seinem bisherigen Vermieter die Miete zu zahlen hat, da er die über den Zeitpunkt seiner Versetzung hinaus zu zahlende Miete vom Staate erstattet bekommt. Nach einem ferneren Urteile des Reichsgerichts ist es gleichgültig, ob die Versetzung des Beamten lediglich auf dessen Wunsch oder im dienstlichen Interesse erfolgt, da auch im ersteren Falle die vorgesetzte Behörde des Beamten über die Versetzung zu bestimmen hat.

—o—

★ **Hiddingsfell,** 22. Febr. Der im vorigen Jahre auf dem Gesangwettstreit in Dülmen mit einem Preis ausgezeichnete Männergesangverein „Sängerlust" hierselbst feiert in diesem Jahre am 14. und 15. Juni in den Lokalitäten des Herrn B. Lohmann gemt. Bitter das Fest seines 15jährigen Bestehens. Die Einladungen an die verschiedenen Vereine werden in den nächsten Tagen erfolgen.

+ **Lette,** 23. Febr. Samstag nachmittag entgleisten auf der rheinischen Eisenbahn im Letterbruch bei der neuen Blockstation die zwei letzten Wagen des von Maria-Veen nach Coesfeld fahrenden Güterzuges. Die Weiche und Geleise wurden beschädigt. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

★ **Coesfeld,** 21. Febr. Die Stadtverordneten genehmigten für die Anlage der Wasserleitung noch eine Anleihe von 60 000 ℳ für nachträglich bewilligte Leitungen usw. Eine Ueberschreitung des Kostenanschlages hat bisher nicht stattgefunden. Die Schlußrechnung der Firma Scheven-Düsseldorf, welche den Bau ausführt, beträgt 269 800 ℳ. Die neue Anleihe ist bei der hiesigen Sparkasse gegen eine Verzinsung von 4¼ Prozent und 2 Prozent Amortisation aufzunehmen. — Das neue Stationsgebäude soll vor dem Uebergang an der Bahnhofstraße errichtet werden.

★ **Billerbeck,** 22. Febr. Die Eröffnung der Eisenbahn Billerbeck—Coesfeld. Von der Kgl. Eisenbahndirektion traf die Nachricht hier ein, daß am nächsten Donnerstag, den 27. d. M., die landespolizeiliche Abnahme der Strecke Billerbeck-Coesfeld erfolgen soll. Danach wird die Teilstrecke in Betrieb gesetzt. Es hat sich in Billerbeck ein Komitee zur Vorbereitung der Eisenbahn-Eröffnungsfeier gebildet.

★ **Havixbeck,** 22. Febr. Ein Raub der Flammen wurde gestern das Oekonomie-Gebäude des Kolons Heilmann in der Bauerschaft Gennerich. Es verbrannte ein großer Posten Stroh, ungefähr 25 Malter Hafer und mehrere Ackergeräte. Gebäude und Gerätschaften sind versichert. Es ist dies innerhalb vier Wochen der dritte bei Nacht oder in früher Morgenstunde entstandene Brand in der hiesigen Gemeinde.

★ **Lüdinghausen,** 20. Febr. Auf dem Hofe des Gutsbesitzers Große Brochtrup fand man dieser Tage zwei aus der Irrenheilanstalt Haus Kannen entlaufene Zöglinge halberfroren unter einem Baume sitzend. Während der Gutsherr den Leuten Obdach und Nahrung gewährte, wurde die Verwaltung des Internates auf telephonischem Wege benachrichtigt, die dann die beiden Flüchtlinge wieder zurückholte.

★ **Alstätte,** 21. Febr. Durch Feuer zerstört wurde gestern abend das große Gehöft des Kolons Tenhagen genannt Schulte Barwerk. Die zahlreiche Familie rettete nur das nackte Leben. Wenn es auch unter großer Gefahr gelang, das Vieh größtenteils zu retten, so kamen doch noch eine Kuh, zwei Rinder, ein Schwein und etliche Hühner im Feuer um. Der Hof ist total niedergebrannt, die Entstehung des Feuers ist noch unbekannt.

★ **Borken,** 20. Febr. Der Kreistag wählte gestern den Grafen von Landsberg-Velen und Gemen zum Provinziallandtagsabgeordneten. Der Etat der Kreiskommunalkasse wurde in Einnahme und Ausgabe auf 210 000 ℳ festgesetzt.

★ **Anholt,** 20. Febr. Die Leiche des Fürsten Leopold zu Salm-Salm wurde heute unter großem Gepränge und der Teilnahme der gesamten Bürgerschaft in der fürstlichen Gruft beigesetzt. Ein geleitet wurde die Trauerfeier durch ein feierliches Seelenamt in der kath. Pfarrkirche. In dem Trauerzuge befanden sich neben nächsten Verwandten u. a. fünf Prinzen von Croy, der Herzog von Croy-Dülmen, zahlreiche Vertreter des Adels aus Rheinland und Westfalen, Regierungspräsident von Oescher-Münster, Landrat Graf von Spee-Borken usw. Die Paderborner Husaren, bei welchen der verstorbene Fürst aktiv gewesen, hatten eine Offiziersdeputation entsandt und stellten neben der Anholter Kriegervereinskapelle die Trauermusik.

★ **Recklinghausen,** 21. Febr. Schicksalsschläge. Wohl selten ist einer Familie in verhältnismäßig kurzer Zeit so viel Schlimmes widerfahren, wie der Familie des Bergmanns Hillerhaus hier. Gegen Ende vorigen Jahres verlor die Familie zwei Kinder durch den Tod. Ihnen folgte in diesen Tagen die Mutter und deren 15 Jahre alte Tochter. Zwei andere Kinder liegen noch an Lungenentzündung schwer krank darnieder und ein Sohn hat sich durch einen Sturz so schwer verletzt, daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

★ **Ahlen,** 24. Febr. Vor 15 Jahren hatte ein Dienstmädchen namens Emma Sch. aus Hamm dem Gastwirt M. hierselbst einen Ring entwendet und den Diebstahl auch zugegeben. Das Mädchen wurde damals unter Anklage gestellt, doch konnte ihr Aufenthaltsort nicht ausfindig gemacht werden. Erst jetzt gelang es der Polizei, die Sch., die inzwischen glücklich verheiratet ist, in Düsseldorf auszukundschaften. Die Frau nahm jetzt ihre früheren Angaben zurück und behauptete, den Ring von M. geschenkt erhalten zu haben, was letzterer aber eidlich abstritt. Das Schöffengericht mußte daher die Frau verurteilen und erkannte gegen sie auf die geringst zulässige Strafe, einen Tag Gefängnis; doch soll ihr die Strafe auf dem Gnadenwege wahrscheinlich erlassen werden.

★ **Münster,** 22. Febr. Gestern morgen verschied hier nach kurzer Krankheit infolge eines Schlaganfalles, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, der hochw. Herr Anton Wiesemann, Marine-Oberpfarrer a. D. Der Verstorbene war geboren zu Brakel, Kreis Höxter, am 10. April 1833 und am 18. August 1859 zu Paderborn zum Priester geweiht. Zuerst war er tätig als Kaplan in Menden, trat dann zur Militärseelsorge über und wirkte als Militärpfarrer in Schleswig und als Marinepfarrer in Kiel. Im Jahre 1903 trat er als Marine-Oberpfarrer in den Ruhestand und ließ sich hier nieder. Wiesemann war Inhaber der Kriegsdenkmünze von 1870—71, sowie anderer Militärdenkmünzen, Ritter des Kronenordens 2. Klasse und des Roten Adlerordens 3. Klasse mit der Schleife.

★ **Bielefeld,** 23. Febr. Die Polizei sistierte einen Diener Hinzpeters, der unter dem Verdachte steht, Briefe des Kaisers an Hinzpeter sich angeeignet zu haben. Ein Brief wurde bei einem hiesigen Wirtssohn beschlagnahmt. Der Diener wurde nach eingehendem Verhör durch den Staatsanwalt freigelassen, da er den rechtmäßigen Erwerb nachwies.

★ **Essentho,** 23. Febr. Der hier wohnhafte, geachtete Schuhmacher Jos. W. beging Selbstmord. Grund zu dieser entsetzlichen Tat ist wohl darin zu suchen, daß seine Frau so früh gestorben ist und er trübsinnig wurde. Man fand den Mann an der Türklinke, wo er durch einen Strick seinem Leben ein Ende machte. Er war Vater von 10, teils unmündigen Kindern.

★ **Solingen,** 23. Febr. Infolge des Genusses verdorbener Wurst ist die Köpfige Familie Schmidt hier schwer erkrankt. Ein Kind ist bereits gestorben.

★ **Köln,** 21. Febr. Der Alkoholteufel. Im benachbarten Poulheim erwürgte ein dem Trunk ergebener Bauer anscheinend im Streit seine Frau. Der Täter wurde verhaftet.

★ **Trier,** 21. Febr. Der unter dem Verdacht, an dem Schüler Binger einen Lustmord vollbracht zu haben, verhaftete Tagelöhner Schorr hat ein Geständnis abgelegt.

Vermischtes.

(-) **Berlin,** 21. Febr. In Afrika ermordet. Der 26jährige Kaufmann Alex Max Beutener aus Chemnitz, der auf der Farm Guntjaß bei Gretfontein, wohin er sich von Windhuk aus begeben hatte die Landwirtschaft erlernen sollte, ist von Buschmännern ermordet worden. Er wurde angefallen, durch Messerstiche in die linke Seite kampfunfähig gemacht und dann ermordet.

(-) **Dresden,** 21. Febr. Die Stadtverordneten genehmigten die Aufnahme einer neuen Anleihe im Betrage von 4,9 Mill. Mark.

Breslau, 20. Febr. In der vergangenen Nacht sind drei Fabrikarbeiterinnen in ihrem Schlafzimmer durch Kohlenoxydgas erstickt.

(-) **Berlin,** 22. Febr. Die Verhandlung gegen den Hauptmann v. Goeben, den Mörder des Majors v. Schönebeck in Allenstein, soll innerhalb der nächsten 14 Tage stattfinden.

(-) **Steinbal,** 21. Febr. Erstickt. In dem Dorfe Altenzaun kamen vorgestern abend zwei Handwerksburschen ins Wirtshaus und blieben die Nacht über im Fremdenzimmer. Vorher hatten sie sich die Flasche tüchtig füllen lassen und ließen sich auch Brennstoff geben, um die Stube warm zu machen. Da sich nun im Laufe des nächsten Vormittags die Handwerksburschen nicht sehen ließen, brach man die Türe auf und fand die ganze Stube voll Rauch. Das Stroh, auf dem die Handwerksburschen lagen, hatte Feuer gefangen, und einer der Handwerksburschen war schrecklich verbrannt, der andere war infolge der Rauchvergiftung gestorben.

Charlottenburg, 21. Febr. Kurzschluß durch eine Ratte. Auf eine ungewöhnliche Ursache ist eine Störung im Charlottenburger städtischen Elektrizitätswerk zurückzuführen, durch die am Dienstag abend Charlottenburg eine Zeitlang ohne Licht war. Um 11 Uhr 40 Minuten entstand im Hochspannungsverteilungsraum des Elektrizitätswerkes eine Betriebsstörung, weil — eine Ratte zwischen die Sammelschienen gesprungen war. Infolgedessen wurden die Maschinen durch die Sicherheitsvorrichtungen selbsttätig ausgeschaltet. Nach Entfernung des Störenfriedes wurde der Betrieb sofort wieder aufgenommen.

= **Fürstenwalde,** 21. Febr. Auf den Kassenboten Planitz der Firma Julius Pinsch wurde heute vormittag ein Raubanfall verübt. Als der Kassenbote mit einem Geldbeutel in der Hand, in welchem sich 1000 ℳ befanden, nach der Fabrik ging, wurde er von dem Former Franz Schulz überfallen und ihm der Geldbeutel entrissen. Es gelang jedoch, den flüchtigen Schulz zu fangen und der Polizei zu übergeben.

Wilhelmshaven, 22. Febr. Infolge einer Gasexplosion flog das Brückenwächterhaus auf der Kaiser Wilhelm-Brücke in die Luft; fünf Personen wurden verletzt und ein Kind wird vermißt.

□ **Hamburg,** 22. Febr. Die Geldspielautomaten wurden gestern hier polizeilich geschlossen.

Hameln a. W., 21. Febr. Die städtischen Kollegien beschlossen die Errichtung eines Seminars mit Präparandenanstalt zu Ostern 1908.

(-) **Posen,** 21. Febr. Im russischen Grenzgebiete herrschen die Pocken. Um eine Ansteckung zu vermeiden, ließen sich im Kreise Wreschen 2000 erwachsene Personen nochmals impfen. Da umfassende sanitäre Maßnahmen getroffen sind, werden wohl im deutschen Grenzgebiet nur vereinzelte Ansteckungen zu befürchten sein.

○ **Posen,** 24. Febr. Nach Verübung bedeutender Wechselfälschungen im Betrage von etwa 50 000 ℳ ist der Bauunternehmer Misko aus Jasgbrier, Kreis Bomst, flüchtig geworden.

Glogau, 21. Febr. Der 16jährige Volontär der Schiffswerft der Firma Friedländer u. Comp. in Carlau spielte mit einem Revolver. Als er nach dem 35jährigen Schmied Anders zielte, entlud sich die Waffe. Er tötete Anders durch einen Schuß ins Herz. Frau und Kind des Getöteten waren Augenzeugen.

Leipzig, 20. Febr. Der langjährige Kassierer der Leipziger Immobiliengesellschaft, Schneider, erschoß sich heute im Bureau der Gesellschaft. Nachforschungen ergaben, daß ein Kassendefizit nicht vorliegt und daß die Ursache des Selbstmordes in langjähriger Krankheit zu suchen ist. Vor drei Tagen erschoß sich die Mutter Schneiders.

Kappeln, 21. Febr. Entsetzliches Familiendrama. Heute früh erschoß ein früherer Tischlermeister in Karby seine drei Kinder im Alter von 12, 9 und 6 Jahren. Sodann tötete er sich selbst. Wie der „Schleiwote" meldet, ist die Ursache der Tat in zerrütteten Vermögensverhältnissen zu suchen.

= **Offenbach,** 21. Febr. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde heute vormittag der langjährige Offenbacher Oberstadtbuchhalter Grube verhaftet. Grube war schon seit einigen Tagen vom Dienste suspendiert, weil der Oberbürgermeister Dr. Dullo in seiner Kasse ein großes Manko entdeckt hatte, welches nach den nunmehrigen Feststellungen 47 000 ℳ beträgt. Gestern wurde ein neuer Fehlbetrag von 3000 ℳ festgestellt. Grube behauptet, es seien ihm von den Anleihegeldern des Jahres 1902 50 000 ℳ gestohlen worden.

Neustadt a. d. Orla, 23. Febr. Das Schießgewehr. In dem benachbarten Steinbrücken spielte der achtzehnjährige Sohn des Besitzers Fortsch mit einem Revolver; plötzlich ging der Schuß los und traf sein vierjähriges Brüderchen an der Stirn. Während die Familienmitglieder mit dem nur leicht verletzten Kinde sich beschäftigten, ging der junge Mann auf den Heuboden und machte im Wahn, seinen Bruder getötet zu haben, seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

(-) **München,** 22. Febr. In der vergangenen Nacht entstand in der Gutsverwaltung in der Landsbergerstraße ein umfangreiches Großfeuer. Ein Heustadel und zwei Ställe fielen dem Feuer zum Opfer, 120 Schafe verbrannten. Mehrere Personen, die in den Ställen übernachteten, kamen ums Leben. Zwei verkohlte Leichen sind bereits aufgefunden worden. Man vermutet, daß noch mehrere Leichen unter den Trümmern begraben sind. Der Schaden beträgt viele Tausende.

Nürnberg, 23. Febr. Ein hiesiges großes Warenhaus wollte mit der Musikkapelle des 14. Infanterie-Regiments ein „Volkskonzert" veranstalten. Von der Militärbehörde ist darauf der Musikkapelle untersagt worden, für das Warenhaus zu spielen.

× **Bukarest,** 22. Febr. Hauptmann Costris ist unter Mitnahme der Regimentskasse in Höhe von 100 000 Franks flüchtig geworden. In seiner Begleitung soll sich die Schwester des internationalen Hochstaplers Manulescu befinden.

Newcastle on Tyne, 21. Febr. Grubenunglück. In dem Washingtoner Kohlenbergwerk ereignete sich gestern abend eine Explosion, bei der 14 Personen getötet wurden. 6 Leichen sind geborgen.

Sosnowice, 21. Febr. Zwischen Golezwi und Dombrowa wurden drei Kosaken von einem Personenzug überfahren. Ein Mann wurde getötet und die beiden anderen sind tödlich verletzt worden.

Petersburg, 21. Febr. Aus Kamenez-Podolsk wird dem Berl. Tagebl. gemeldet, daß in einem Steinbruch bei Rublowka ein in dreizehn Tönnchen verpackter Schatz von Goldmünzen aufgefunden wurde, dessen Wert auf anderthalb Millionen Rubel geschätzt wird

Konstantinopel, 21. Febr. Ein deutsches Seemannsheim in Konstantinopel ward am Mittwoch in Gegenwart der Gemahlin des deutschen Botschafters Freifrau von Marschall feierlich eröffnet.

Newyork, 22. Febr. Die „schwarze Hand". In Brooklyn wurde gestern die schrecklich verstümmelte Leiche eines Italieners aufgefunden, der die Gliedmaßen und die Zunge fehlten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Mord von einem Mitgliede der „schwarzen Hand" ausgeführt wurde, während sich der Ermordete die Haare schneiden ließ. Man vermutet, daß es sich um einen Racheakt an einem Verräter handelt.

○ **Newyork, 21. Febr. Im Pulverhaus der Herkules-Pulverwerke in Berkeley in Kalifornien sind 10 Tonnen Dynamit explodiert, wobei 28 Personen getötet wurden.**

(-) **Chikago,** 22. Febr. In der Stadt Detroit (Michingen) hat ein Orkan große Verheerungen angerichtet. 10 Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Schlachtviehpreise nach Lebendgewicht.

Auf Grund amtlicher Marktberichte zusammengestellt.

		Schlachtviehgattung	Berlin 10. 2.	Hannover 17. 2.	Dortmund 17. 2.	Schlachtviehgattung	Köln a. Rh.*) 17. 2.	Gladbach 17. 2.	Essen a. d. R. 17. 2.	Düsseldorf 12. 2.
Auftrieb:	Rinder		4719	328	1035		1241	703	1054	276
	Kälber		1302	207	372		536	423	665	327
	Schafe		9451	845	81		528	408	64	—
	Schweine		10912	722	2176		3 50	1092	3609	2140
Tendenz:	Rinder		langsam	flau	s. langs.			mittel	langs.	mittel
	Kälber		—	—	flott		lebh.	lebh.	mittel	lebhaft
	Schafe		ruhig	mittel	„		„	„	„	—
	Schweine		s. langs.	schlecht	„		„	„	„	lebhaft
			Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ochsen.	a) vollfl. ausgemästete	61	46—49	45—46	46—47	58	44—46	44—45	45	43—45
	b) junge nicht ausgem.	54	37—39	39—40	38—39	54	39—40	38—39	40—41	41—42
	c) mäßig genährte	50	31—32	33—35	33—34	50	32—34	34—35	33—36	36—37
	d) gering genährte	46	26—28	—	25—8	45	23—27	—	—	—
Bullen.	a) vollfl. ausgemästete.	60	38—47	41—42	39—41	59	41—42	43	40—41	42
	b) vollfl. jüngere	53	30—37	34—36	31—34	53	36—37	34—35	33—36	36—37
	c) mäßig genährte	48	32—34	28—31	24—28	47	0—31	26—28	26—29	30—31
	d) gering genährte	43	24—26	—	—	43	24—26	—	—	—
Färsen.	a) vollfl. ausgemästete	56	—	41—42	39—40	56	—	42—43	42—44	40
	b) vollfl. ausgem. Kühe	52	34—35	35—37	33—35	52	35—36	34—35	36—38	35—36
	c) ältere ausgem. „	50	30—32	30—33	29—31	47	31—32	28—30	32—33	31—32
	d) mäßig genährte „	44	25—26	—	22—26	43	24—26	—	24—26	26—27
	e) gering „ „	42	21—23	—	—	—	—	39—41	—	—
Kälber.	a) Doppellender	—	—	—	—	72	72	—	73—74	72—76
	b) beste Saugkälber	65	57—60	62—64	53—55	64	54	58	55	56—58
	c) mittlere Mastkälber	60	46—49	57—56	48—52	60	44—47	52—55	48—52	49—50
	d) geringere Saugkälber	54	21—28	32—40	42—47	49	30—35	40—45	36—45	35—37
	e) ger. genährt. Jungvieh	44	22—24	—	—	—	—	—	—	—
Schafe.	a) Mastlämmern Mathammel	50	39—40	39—40	37—40	51	41	35	42	—
	b) ältere Mathammel	48	32—38	35—36	31—36	46	34—35	25—28	34—37	—
	c) m. gen. Hammel u. Schafe	42	24—25	27—29	—	40	24—26	—	26—28	—
	d) Holst. Niedergeschafe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweine.	a) vollfl. d. f. Rassen	—	57	57—58	56	—	60	55—60	57—58	58
	b) Käser bezw. Fettschweine	—	—	—	—	—	61	—	—	—
	c) fleischige	—	51—54	54—56	53—55	—	54—55	57—58	53—55	55—57
	d) gering entwickelte	—	46—50	50—53	48—52	—	50—52	50	46—52	50—52
	e) Sauen.	—	51	—	—	—	—	—	—	—

Vorstehende Preise verstehen sich für 100 Pfd. Lebendgewicht. Auf die Notizen für Schweine rechnet Berlin 20 Proz. die übrigen Märkte ca. 20—22 Proz. Tara ab. *) Kälber- und Schafsnotiz vom 6. 2. 08.

Sport-Nachrichten.

Die Ringkampfkonkurrenz in der Festhalle in Münster brachte am Donnerstag vier interessante Kämpfe. Carlos-Portugal warf Brenno-Steiermark in 2½ Min. durch Untergriff von vorne, Siegfried-Ostpreußen den holländischen Riesen Porthos in 17 Min. durch Untergriff von vorne mit Mühle. Sehr spannend gestaltete sich der Kampf zwischen Steurs-Belgien und Aimable jr.-Frankreich. Letzterer wurde nach 13 Minuten langer starker Gegenwehr durch Vordergriff geworfen. Schließlich errang Jean Andres-Essen nach 7½ Min. nach einen Sieg über Jan van Dyck-Holland mittelst Armzuges am Boden. Der 6. Abend erbrachte folgendes Ergebnis: Steurs-Belgien wirft Toussaint-Schweiz mittelst Untergriffs von der Seite nach 6 Minuten. Aimable-Frankreich siegt nach 18½ Min. über Jean Andres-Essen durch doppelte Rollade. Sehr interessant gestaltete sich der Entscheidungskampf zwischen Siegfried-Ostpreußen und Tom Jackson-Australien. Für Siegfried wurde die Sache einmal besonders kritisch, als Jackson ihn im Doppel-Nelson gefaßt und wie mit Eisenklammern festhielt. Der Kampf am Boden dauerte so etwa 20 Min., als Siegfried plötzlich die Arme anzog, aufsprang und Mühle drehte. Noch ein letzter Armzug, ein Ruck und Jackson berührte nach 23 Min. Kampfeszeit mit beiden Schultern den Boden. Siegfried wurde seitens des Publikums stürmischer Applaus gespendet. Der heutige Abend bringt ebenfalls spannende Kämpfe.

Handelsteil.

Geseker Kalk- und Zementwerke Monopol, A.-G. in Geseke. Der Bruttoüberschuß des letzten Geschäftsjahres beträgt einschließlich Vortrag 55 975 (46 765) ℳ. Nach 18 144 ℳ Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 37 828 ℳ. Dieser soll wie folgt verwendet werden: 2000 ℳ zum Reservefonds, 2118 ℳ Gratifikationen, 1720 ℳ Tantieme für den Aufsichtsrat, 19 200 ℳ gleich 8 Prozent Dividende und 12 788 ℳ Vortrag auf die neue Rechnung. Den Kreditoren von 9721 ℳ stehen 63 816 ℳ Debitoren gegenüber, und zwar 38 116 ℳ für Außenstände und 25 700 ℳ Bankguthaben. Vorräte sind in der Bilanz mit 17 735 ℳ bewertet. Das Konto: „Beamten- und Arbeiterwohnhäuser" hat einen Zugang von 10 882 ℳ erfahren, der hauptsächlich durch den Bau von zwei Arbeiterwohnhäusern entstanden ist. Die jetzt vorhandenen Beamten- und Arbeiterwohnhäuser reichen voraussichtlich für längere Zeit aus. Der Vorstand äußerte sich über die Aussichten für das neue Geschäftsjahr wie folgt: Die Aussichten für das neue Jahr 1908 lassen sich bis jetzt noch nicht übersehen. Die Preise für Geseker Wasserkalk sind vom Verkaufsverein westfälischer Kalkwerke ermäßigt. Da jedoch der Ausfall vom Verkaufsverein westfälischer Kalkwerke getragen wird, so werden wir ziemlich mit den gleichen Verkaufspreisen wie im Vorjahr zu rechnen haben. Wahrscheinlich wird in diesem Jahre die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahre zurückbleiben. Auch ist eine Bewegung bei den Bauarbeitern bemerkbar, die möglicherweise zu Differenzen führen kann, wodurch der Versand in Mitleidenschaft gezogen würde. Aus diesem Grunde und weil wir nicht wissen, ob und wie die am 31. Dezember 1908 ablaufenden Verträge mit dem Verkaufsvereine verlängert werden, halten wir es für richtig, durch eine größere Rückstellung als Saldovortrag uns vorzusehen.

Josef Weber Nachf., Münster i. W. Ludgeriplatz Nr. 3.

Möbelfabrik und Dekorationsgeschäft.

Spezialgeschäft für komplette Wohnungs-Einrichtungen. — Teppiche — Gardinen — Portièren

Einzelne Möbeln in jeder Preislage.

Grösste Auswahl. — Solideste Ausführungen. — Billigste Preise. — Dauernde Garantie.

Eine Aufsehen erregende Neuheit

auf dem Gebiete der Milch-Entrahmungs-Maschinen m. Zahnrädern

Pump-Separator

neuestes Modell.

Höchste Leistungsfähigkeit, leichtester Gang u. bequemste Reinigung, geringer Arbeitsverbrauch und billigster Preis sind seine Hauptvorzüge.

Der Pump-Separator ist deswegen die allein wirklich rationell arbeitende Milchzentrifuge.

Ausserdem unterhalte ein grosses Lager in

Glocke-Hand-Milchzentrifugen.

Eigene Reparaturwerkstatt.

Clemens Timpte, Dülmen.

Schreiben Sie eine Postkarte

an das Kaufhaus Max Brings, Mainz, No. 63 und verlangen Sie per Nachnahme

ein 10-Mk.-Paket frankoins Haus

(bestehend aus 40 Gegenständen)

ohne jede Nachzahlung. Trotz der jetzigen hohen Leinen- und Baumwollwarenpreise sind wir in der Lage, dieses Paket, von welchen 20 Gegenstände schon mehr wie 10 Mk. repräsentieren, zu diesem Einführungspreis abzugeben und zwar nur, um unsere Firma bekannt zu machen und auf neue Bestellungen rechnen zu können.

Nie wiederkehrende Gelegenheit:

- 6 Mtr. Stoff zu einem Kleid, vorzügl. Qualität
- 6 Taschentücher, weißer Linon, gesäumt
- 3 Paar Strümpfe, echt diamantschwarz
- 2 Paar Herren-Socken, echtfarbig
- 2 Schürzen, garantiert waschecht
- 6 Handtücher, prima Drell, fertig abgepaßt
- 6 Servietten, gebrauchsfertig
- 1 Wachstuchdecke mit reizendem Muster
- 1 Tischtuch, vollständig groß mit Blumen und Karromuster
- 1 Paar elegante Damenhandschuhe
- 6 Poliertücher mit bunter Kante.

Sämtliche 40 Gegenstände für 10,85 Mk. einschliesslich Verpackung u. Porto frei ins Haus.

Nichtkonvenierendes wird bereitwilligst umgetauscht.

Kaufhaus MaxBrings, Mainz, Nr. 63.

Schusterstraße 21. Alte Universitätsstraße.

J. Bleeker, Münster i. W.

Spezialhaus für Theater- und Maskengarderobe.

Ausstattungen und Requisiten für religiöse Aufführungen und Oratorien.

Schau- u. Ritterspiele. Militär- u. Lustspiele. Turnerische Aufführungen. Lebende Bilder usw.

Vollständig neue Kostüme für Maskenbälle.

Um- und Anbauten

sowie

Reparatur-Arbeiten

übernimmt

zur fachgemäßen Ausführung

A. Fischer, Münster i. W.,

Architekturbureau und Baugeschäft,

Augustastraße 24 a. **Telephon 201**

Düten u. Beutel

in grosser Auswahl vorrätig in der

J. Horstmann'schen Buchhandlung.



Furunkel,

Hautgeschwüre, Hautjucken, juckende Hautausschläge, Gesichtspickel, Mitesser, Blüten, Wimmern, Sommersprossen etc., wer daran leidet, gebrauche **Zucker's Patent-Medizinal-Seife, D. R. P.**, ärztlich empfohlen und tausendf. bewährt, Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15 % ig) und Mk. 1.50 (große Packung, 35 % ig, von **stärkster** Wirkung).

Wunderbare Erfolge,

zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Zucker-Crème**, dem herrlichsten und einzigartigsten aller Hautcrèmes, Preis Mk. 2.—. Probetube 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, **wunderbar mild** wirkenden **Zucker-Seife**, Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und Mk. 1.50 (große Geschenkpackung), werden zahlreich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der **Kinder** verwendet die denkende Mutter **Bitumoor-Kinder-Seife, D. R. P.**, Preis 50 Pfg. und **Bitumoor-Kinder-Crème**, Preis 40 Pfg., Doppeldose 70 Pfg., das Edelste, Beste und Reinste für die kindliche Haut. Ueberall zu haben. Wo nicht, direkter Versand durch L. Zucker & Co., Berlin, Potsdamerstr. 73.

In Dülmen echt bei: **Friedrich Simons**, Drogenhandlung.

Eine schöne Wohnung

6 Zimmer, kleine Etage, zu vermieten.

Wo sagt die Expedition ds. Blattes.

Zur sauberen und geschmackvollen Anfertigung aller vorkommenden

Drucksachen

für Private, Behörden, Handel und Gewerbe hält sich die mit modernstem Material eingerichtete

J. Horstmann'sche

Buch- und Kunstdruckerei

Dülmen i. W.

unter Zusicherung prompter Bedienung und billigster Preisstellung bestens empfohlen.



Musikinstrumente aller Art, Bestsaiten und sonstige Zubehörteile liefert billigst unter Garantie

G. Marx, Gaststraße 50.

Der Holzverkauf

vom 10. Februar 1908 im Forstorte Holthoff an der Kapelle zu Visbeck Kspl. Dülmen **ist genehmigt.**

Burg Vischering bei Lüdinghausen, den 19. Februar 1908.

Der Rentmeister:
van Dyk.

P. P.

Bitte schicken Sie mir 2 Dosen Ihrer Rino-Salbe à Mk. 1.—, da ich Sie für jemand notwendig brauche, sie wirkte bei allen, bei denen ich sie gegen Beinleiden oder Hautausschläge anwendete, vorzüglich, sie ist mir unentbehrlich.

In aller Hochachtung
Schwester **Sales.**

B., Waisenhaus, den 11./2. 06.

Diese Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen Beinleiden, Flechten und Hautleiden angewandt und ist in Dosen à Mk. 1.— und Mk. 2.— in den meisten Apotheken vorrätig; sie ist aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot u. Fa. Schubert & Co., Weinböhla, Sa. Fälschungen weise man zurück.

Wohnung

von 6 Zimmern, Küche, Badeeinrichtung und Zubehör zu sofort oder später zu vermieten.

Zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

---

2 geübte

Rockarbeiter

sowie 1

Kleinstückarbeiter

per sofort, bei sehr hohem Lohn, für dauernde Arbeit gesucht von

F. Hasenau, Meggen a. d. Lenne

Sofort oder April

Mädchen

gegen hohen Lohn gesucht.

Hotel Kalvelage.

Ein tüchtiger

Fuhrmann

(ledig) per sofort gegen hohen Lohn gesucht von

H. Büscher,
Dampfmühle, **Rentfort**
bei Gladbeck i. W.

Wegen Verheiratung meines Knechtes, wird zum 1. April ein zuverlässiger

Ackerknecht

bei 2 Pferden, gegen guten Lohn und guter Behandlung gesucht.

A. Növer, Hiddingsell,
Wirt und Fruchthändler.

Ein ordentlicher

Ackerknecht

zum 1. März oder später gesucht.

W. Schulte v. Bruch,
in Caternberg bei Essen-Ruhr.

---

2 Anstreichergehülfen

gegen hohen Lohn auf sofort gesucht

Aloys Heming, Stadtlohn.

Zwei tüchtige

Schneidergesellen,

1 auf Klein- und 1 auf Großstück sofort oder in 14 Tagen gesucht. Bisher gezahlter Wochenlohn 9 und 12 Mk. bei vollständig freier Station auch in der schlechten Zeit. Je nach Leistung zahle bis 15 Mk. Wochenlohn. Auf Wunsch kann auch Stücklohn eintreten. Angenehme Werkstatt, familiäre Behandlung.

B. Kreimer,
Neubeckum i. W. bei Hamm.

Kräftige, solide

Arbeiter

gegen hohen Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht. Anmeldung auf meinem Sägewerk oder Kontor.

F. A. Schlieker.



Deutsche Weingesellschaft Duhr & Co.

Reichsbank Giro-Konto. Köln a. Rh. Kontor: Auf Rheinberg 1-5

Kaiserl. u. Königl. Hoflieferanten.

In- und ausländische Weine.

Duhr's Reconvalescenten-Wein Originalfl. Mk. 1.10.

Vorrätig in den bekannten Niederlagen.

Man bittet Preiscourant zu verlangen und auf Schutzmarke und Etikett zu achten.

Schön

sind alle, die ein zartes, reines **Gesicht ohne Sommersprossen** u. **Hautunreinigkeiten** haben, daher gebrauchen Sie nur:

Steckenpf.-Lilienmilch-Seife

à St. 50 Pfg. bei **H. Krampe, Friedr. Simons, G. Homann.**

Holzverkauf

im **Herzoglich Croy'schen Forstorte Groß-Uedingsbusch bei Kornp.** Beginn **Freitag, 28. Februar 10½, morgens.**

21 rm 2 m lange Eichennutzknüppel, 84 rm Buchen-Scheite, 18 rm Buchen-Knüppel und 31 Reiserhaufen.

Der Oberförster.

Es wird zum 1. Mai ein tüchtiger

Brotkutscher

gesucht von

Clemens Stallmeyer,
Dampfbäckerei, **Hugo bei Buer.**

Jung. Schneidergehülfe

gesucht.

A. Koch,
Holzwickede, Karlstr. 13.

---

2 Schneidergesellen

kath., auf sofort oder später gesucht.

Bd. Dönnebrink, Gescher i. W.

---

2 zuverlässige

Schneidergesellen

denen es um dauernde und angenehme Stellung zu tun ist, gegen hohen Lohn möglichst bald gesucht.

Conrad Tophinke,
Herrenmaß-Geschäft, **Neubeckum.**

Suche zum 1. März einen tüchtigen

Schlossergehülfen,

der als Vorarbeiter bestehen kann.

Carl Peltzer,
mech. Bau- und Kunstschlosserei,
Marxloh bei Ruhrort (Rhld.)
Marienstraße 27.

Junge

zum Flaschenspülen sofort gesucht.

Hermann Hahn,
Kickum bei Altena i. W.

Durchaus tüchtiger

Bäckergehülfe

kath., zum 20. Febr. gesucht.

Joh. Reineke, Brotfabrik,
Salzkotten.

Ein erfahrener

Schmiedegehülfe,

sowie ein

Lehrling

(katholisch) gesucht.

Bernh. Menge,
Schmiedemeister, **Herten i. Westf.**

Einen Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat das

Maler- und Anstreichergeschäft

zu erlernen, sucht **Wilh. Dietz,**
Hüls bei Senden.

Sohn

achtbarer evang. Eltern, welcher Lust hat die **Bau- u. Möbelschreinerei** zu erlernen, findet Stelle bei Familienanschluß. Gute Schulbildung erwünscht.

Ebenso findet ein solider

Schreinergehülfe

sofort dauernde Stellung.

Carl Liederz,
Lennep Rhld., Poststraße 23.

Suche zu Ostern einen

Sohn

ordentlicher, kathol. Eltern in die Lehre.

Jos. Heiterkamp,
Bäckerei und Konditorei,
Herten, Kreis Recklinghausen.

Es kann bei mir ein

Sohn

achtbarer Eltern, der das **Tischlerhandwerk** erlernen will, zu Ostern oder 1. April in die Lehre treten.

Joseph Pinnekamp, Tischler,
Lüdinghausen.

Suche auf sofort oder bis zum 15. März einen tüchtigen, jungen

Friseurgehülfen.

Alois Maroscheck, Friseur,
Dilldorf bei Kupferdreh.

Tücht. Friseurgehülfe und Lehrling

per 15. März gesucht.

Paul Vitinius,
Elberfeld, Ronsdorferstraße 73.

Sohn achtbarer Eltern als

Friseurlehrling

zu Ostern gesucht.

Heinrich Middendorf, Friseur,
Hamm i. W., Feldstraße 50.

Friseur-Lehrling

auf sofort oder zu Ostern gesucht.

R. Stümpke,
Lippstadt, Bahnhofstraße 28.

Sohn ordentlicher katholischer Eltern als

Bäckerlehrling

zu Ostern gesucht.

A. Balke, Gelsenkirchen III,
Wattenscheiderstraße 236.

Suche per sofort oder später einen Sohn ordentlicher Eltern als

Bäckerlehrling

unter günstigen Bedingungen.

Franz Bierhaus,
Bäckerei und Konditorei,
Kray-Essen-Ruhr.

Sofort oder zu Ostern ordentlicher

Bäckerlehrling

gesucht. Daselbst wird auch ein tüchtiges, properes

Mädchen

zum 15. März gesucht.

Franz Grothaus,
Gelsenkirchen, Ringstraße 71.

Lehrling und Lehrfräulein

per bald oder später gesucht. Kost und Logis im Hause.

A. Krawinkel, Lippstadt i. W.,
Manufaktur-Modewaren.

Zum 1. März braves, kath.

Dienstmädchen

für 3 Personen gesucht.

Frau G. Schilling,
Brambauer bei Dortmund.

Suche per März ein tüchtiges

Mädchen

für Hausarbeit bei gutem Lohn.

Frau Otto Mänken,
Hagen i. W., Rembergstraße 15.

Ein Küchenmädchen

welches die bürgerliche Küche versteht per 1. oder 15. März gesucht.

Frau Geheimrat Bardenheuer,
Köln.

Suche per sofort oder 1. März ein besseres, kathol.

Mädchen,

welches im Nähen, Bügeln, sowie Hausarbeit gründlich erfahren ist und Liebe zu Kindern hat. Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an

Frau Fritz Erasmus,
Aachen, Wilhelmstraße 78.

Ein ordentliches, fleißiges, kathol.

Mädchen

für bürgerlichen Haushalt bei gutem Lohn und Familienanschluß per April oder Mai gesucht.

Frau Gustav Freitag,
Barmen, Viktorstraße 38.

In kleinen kathol. Haushalt wird ein tüchtiges

Dienstmädchen

gesucht, welches Liebe zu Kindern hat. Selbiges kann sich auch in der Küche weiter ausbilden. Eintritt sofort oder später.

Leo Wolff, Juwelier,
M.-Gladbach (Rheinland.)

Dienstmädchen,

tüchtiges, gegen hohen Lohn für 1. April oder früher in kleinen herrschaftlichen Haushalt (3 Personen) gesucht

Karl Breidenbach,
Elberfeld, Wiesenstraße 21.

Suche zum 1. April ein tüchtiges

Mädchen

für alle Hausarbeit.

Frau Josef Koch,
Bäckerei und Kolonialwaren,
Oer bei Recklinghausen.

Suche April oder Mai gegen hoh Lohn kath., besseres

Zweitmädchen,

im Nähen und Bügeln erfahren. Gute Zeugnisse erforderlich.

Frau Justizrat Gatzen,
Aachen, Seilgraben 32.

Jüngeres Mädchen

für leichte Hausarbeit gesucht.

Frau J. Peckedrath,
Coesfeld.

Nr. 24. 35. Jahrgang.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1.20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Libortusblatt.

Dienstag, 25. Februar 1908.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Der neue Reichsschatzsekretär v. Sydow

findet in der Presse im großen und ganzen eine **freundliche Aufnahme.** Die Mehrzahl von maßgebenden Zeitungen stellt sich auf den berechtigten Standpunkt, daß man erst die Taten des neuen Herrn abwarten müsse, ehe man ein Urteil fällen könne. Und auch wir haben keinen Anlaß, eine andere Stellung im allgemeinen einzunehmen. Es ist nichts als Stimmungsmache, wenn die „Nationalztg." am Freitag schreibt: „Die Urteile über den neuen Staatssekretär lauteten sehr verschieden, in der Hauptsache aber mehr günstig. Nur die Herren vom Zentrum machten recht betrübte Gesichter. Sie klagten über Paritätsschmerzen, da sie immer noch Herrn v. Stengel als „ihren" Mann betrachten und schon aus diesem Grunde seinem Nachfolger nur geringe Sympathien entgegenbringen." Aus dieser Bemerkung leuchtet mit aller Deutlichkeit das Bestreben hervor, dem Zentrum eins anzuhängen. Sie ist aber zu lächerlich, als daß es nötig wäre, darauf besonders einzugehen. Wir haben bereits vorgestern betont, daß Exzellenz Sydow als **konservativer** Mann gilt. Die **„Kreuzzeitung"** bezeichnet denn auch die Ernennung des Herrn Sydow als eine glückliche Wahl und zieht aus seiner Ernennung den Schluß, daß in der Reichsfinanzreform jetzt ganze Arbeit gemacht werden solle, denn für ein Flickwerk und ein Hinausschieben der Reform hätte man nicht gerade Herrn Sydow berufen. Allerdings werde der neue Reichsschatzsekretär einige Monate brauchen, um sich in das neue Ressort einzuarbeiten und mit einem umfassenden Reformplane hervorzutreten. Der „Reichsbote" drückt sich etwas deutlicher aus. Er meint, der neue Reichsschatzsekretär werde, wenn er selbständige Vorlagen machen wolle, das nicht mehr in dieser Session tun, sondern es auf die nächste verschieben. Natürlich hat der „Reichsbote" auch einen „guten Ratschlag" zur Hand, den er in folgende Worte kleidet: „Hoffentlich läßt er (Sydow) sich nicht zu Experimenten mit direkten Reichssteuern verleiten; eine wirkliche ausreichende Steuerquelle findet er nur auf dem Gebiete der **indirekten** Steuern und zwar am besten dort, wo er ein besonderes Gebiet monopolisieren kann." Nicht verwundern kann es, daß das **„Berliner Tageblatt"** an der Spitze der Blätter steht, die mit der Ernennung des Herrn Sydow nicht besonders zufrieden sind. Das Mosse-Organ findet ja in allem und bei jedem etwas, was ihm nicht in den Kram paßt. Wie Minister Holle, so ist ihm auch Herr Sydow schon beinahe ein ausgemachter Rückschrittler. Doch mit gnädiger Miene erklärt es im gestrigen Abendblatt: „Wenn Herr Sydow ein Rezept zusammenbraut, das wirklich hilft, dann wird es auch vom Reichstage geschluckt werden. Nur möge er sich hüten, sein Heil ausschließlich in indirekten Steuern zu suchen. Sonst würde er Fiasko machen genau wie sein Vorgänger; und wenn nicht jetzt, dann übers Jahr." Im Zusammenhang hiermit dürfte es nicht uninteressant sein, auf eine Bemerkung hinzuweisen, die die **„Deutsche Tageszeitung"** über die Schwierigkeiten bei der Lösung der Finanzfrage macht. Das Blatt schreibt unter Berufung auf den „Schwäbischen Merkur": „Was die Lösung der Finanzfrage jetzt am meisten erschwert, ist die **Halsstarrigkeit des Linksliberalismus.**" Man darf gespannt sein, was die Linksliberalen auf diese „freundnachbarliche" Äußerung erwidern. Jedenfalls geht es aus den hier angeführten Preßstimmen hervor, daß Herr Sydow keinen leichten Stand haben wird. Die Zukunft wird ihm aber Gelegenheit geben, zu zeigen, was er kann und ob sich die Auffassung der **„Berliner Neuest. Nachr."** bestätigt, die in der Ernennung Sydows „erkennen, daß der Reichskanzler entschlossen ist, die Frage der Reichsfinanzen nicht durch Flickwerk und Fortwursteln hinzuhalten und zu verschieben, sondern sie wirklich zu lösen."

Deutscher Reichstag.

107. Sitzung vom 21. Februar 1908.

Zweite Beratung des

Scheckgesetzes.

Die Kommission hat den Entwurf mit unerheblichen Aenderungen angenommen.

§ 1 wird debattelos angenommen. Zu § 2 begründet

Abg. **Bassermann** (nl.) einen Kompromißantrag, wonach unter die scheckfähigen Institute auch die **„unter amtlicher Aufsicht stehenden Sparkassen" aufgenommen** werden sollen", wenn sie die nach dem Landesrecht für sie geltenden Aufsichtsbestimmungen erfüllen."

Abg. **Racken** (Zentr.): Meine politischen Freunde hatten in der Kommission mit ihrem Antrage, die Sparkassen unter die passiv scheckfähigen Institute aufzunehmen, wenig Gegenliebe gefunden. Umsomehr freuen wir uns über den jetzigen Antrag, der, wenn auch in anderer Form, nur den Inhalt **unseres** in der Kommission gestellten Antrages wiedergibt. Der Antrag besagt nach unserer Auffassung, daß die Sparkassen das Recht der passiven Scheckfähigkeit besitzen und daß daneben das der Behörde über den Geschäftsbetrieb der Sparkassen zustehende Aufsichtsrecht sich auch auf die Scheckgeschäfte der Sparkassen erstreckt. Die Behörden dürfen also auch Vorschriften darüber erlassen, in welcher Weise die Sparkassen das Recht des Scheckbetriebes ausüben dürfen. Natürlich dürfen diese Vorschriften aber nicht den Scheckbetrieb der Sparkassen tatsächlich unmöglich machen; eine Erklärung zu diesem Punkte vom Regierungstische aus wäre sehr erwünscht.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Von einer generellen Illusorischmachung des Scheckbetriebes der Sparkassen kann keine Rede sein; andererseits muß der Aufsichtsbehörde das Recht zugestanden werden, im Interesse der Sparer solchen Sparkassen, die etwa die nötige Sicherheit nicht bieten, die Scheckfähigkeit im einzelnen Falle zu versagen. Wir hatten den Antrag für unnötig, tragen aber kein Bedenken gegen ihn.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) tritt den Ausführungen des Staatssekretärs bei. — Abg. **v. Brockhausen** (k.) erklärt den Antrag für nicht überflüssig. — Für den Antrag erklären sich ebenfalls die Abgg. **Mommsen** (f. Vgg.) und **Singer** (Soz.), danach wird § 2 mit dem Kompromißantrage angenommen. Die Regierungsvorlage wird weiter dahin geändert, daß auf die Vorlegung des Schecks und den Protest die Bestimmungen der Wechselordnung bezw. des neuen Gesetzes über den Wechselprotest Anwendung finden. Das Gesetz soll am 1. April d. Js. in Kraft treten.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Justizetats.

Abg. **Frank** (Soz.): Daß wir in Deutschland eine Klassenjustiz haben, hängt damit zusammen, daß unsere Justiz die Volksseele zu wenig kennt. Auch von den christlichen Gewerkschaften wird über diese Justiz geklagt. Diesem Uebelstande kann nur durch stärkere Heranziehung des Laienelements abgeholfen werden. Redner wendet sich im weiteren dagegen, daß die Kriminalität der Jugendlichen unter dem Einflusse der sozialdemokratischen Weltanschauung zugenommen habe, ferner empfiehlt er die sozialdemokratische Resolution betr. Zeugniszwang gegen Abgeordnete.

Abg. **Schirmer** (Ztr.): Was die Behauptung der Klassenjustiz anlangt, so möchte ich in Erinnerung bringen, daß unser verstorbener Führer Dr. Lieber früher auch von „himmelschreienden Vorkommnissen" gesprochen hat. Im Volke kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die unteren Volkskreise vor Gericht sowohl in der Behandlung durch den Gerichtshof wie auch durch das gerichtliche Erkenntnis manchmal schlechter gestellt sind, als die Mitglieder der besseren Stände: Fall Wrede! Die Ausführungen des Abg. Stadthagen betr. Klassenjustiz waren stark übertrieben, **von einer Feindseligkeit der Richter gegenüber den Arbeitern kann nicht die Rede sein.** Die ungleichmäßige Behandlung hängt vielmehr mit der Gesetzgebung zusammen, die häufig eine Rechtsgleichheit vermissen läßt: man denke an Wahlrecht, Enteignungsvorlage, den preußischen Erlaß betr. Legitimationszwang der ländlichen Arbeiter, §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Redner legt einige Fälle dar, wo Gerichtserkenntnisse mit der eigentlichen Koalitionsfreiheit nicht in Einklang standen. Nach den Ausführungen des Abg. Gröber könne an der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge nicht mehr gezweifelt werden. Redner verweist auf das Verhalten des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes gegenüber dem Gutenbergbund. Es sei zu wünschen, daß die Regierung die christlich-nationale Arbeiterschaft nach Möglichkeit unterstütze, sie könne nicht wissen, wie sie unter Umständen einmal die organisierte Arbeiterschaft als einen Machtfaktor gegenüber der Geldmacht sich zu Nutzen machen könne. Den Forderungen des Abg. Bassermann, betr. den Strafvollzug, schließe seine Partei sich voll und ganz an.

Abg. **Müller-Meiningen** (fr. Vpt.) hält eine Schematisierung der Tarifverträge zur Zeit noch nicht für möglich. Die Beseitigung des Zeugniszwangs für die Presse sei eine alte liberale Forderung. Ebenso müsse den Abgeordneten das Recht der Zeugnisverweigerung garantiert werden. Der Forderung des Zentrums, betr. Selbstbeköstigung und angemessene Beschäftigung für Untersuchungsgefangene usw., stimme er zu. Was die Jugendfürsorge angehe, so gebe er der Resolution Kirsch den Vorzug. Das Vorstrafenregister solle vor Gericht nicht mehr verlesen und nach bestimmten Zeiten gelöscht werden. In längeren, oft große Heiterkeit auslösenden Darlegungen wettert Redner **gegen die lex Heinze** und greift dann das preußische Kultusministerium wegen des Liegnitzer Falles an.

Staatssekretär **Dr. Nieberding:** Das letzte Thema hat für das Reichsjustizamt keine aktuelle Bedeutung. Ich erkenne an, daß der Strafvollzug einheitlich gesetzlich geregelt werden muß. Solange aber die Neuregelung des Strafrechts noch nicht vollendet ist, können wir die Regelung dieser Materie nicht in Angriff nehmen. Was die **Verlesung der Strafregister** anlangt, so sind Verhandlungen im Gange, welche eine **vorläufige Besserung** bringen sollen. Für die Zukunft soll die Strafprozeßordnung Wandel schaffen.

Abg. **Schönaich-Carolath** (nl.) will die Gesellschaft für Volksbildung verteidigen. Es entspinnt sich eine kleine Geschäftsordnungsdebatte, ob die Ausführungen jetzt zulässig seien. Vizepräsident **Kämpf** bejaht diese Frage.

Abg. **v. Maltzahn** (k.) stellt fest, daß der Abgeordnete Stadthagen „wegen Verschleierung eines Rechtsfalles, wegen Benachteiligung von Gläubigern und wegen Gebührenüberhebung" aus dem Anwaltsstande ausgeschlossen worden sei. Ein solcher Mann sei nicht berufen, dem deutschen Richterstande Moral zu predigen. (Lebh. Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.)

Abg. **Werner** (D. Ref.-P.) wünscht Reform der Bestimmungen über die Unterbringung von Angeklagten in Irrenanstalten.

Abg. **Göring** (Z.) bittet als Angehöriger des Handwerkerstandes, daß den Wünschen auf **Einschränkung der Gefängnisarbeit** Rechnung getragen werde. Die Grundsätze der auf Veranlassung des Zentrums vorgelegten Denkschrift über die Gefangenenbeschäftigung könne man im großen und ganzen billigen, nur könne man dem fiskalischen Gesichtspunkt nicht zustimmen, daß diese Beschäftigung eine nutzbringende sein soll. In vielen Fällen werde der Nutzen durch die Anschaffungen, welche die Gefängnisse machen müssen, illusorisch gemacht. Nur handwerksmäßig ausgebildete Gefangene sollten mit Handwerksarbeit beschäftigt werden; man möge nicht die Strafanstalten in Fabrikbetriebe ohne Risiko für die Uebernehmer verwandeln. Es dürften namentlich keine Aufträge von Privaten angenommen werden. Es empfehle sich, in der Hauptsache solche Artikel herzustellen, welche aus dem Auslande bezogen würden, oder solche, welche die kleinen Handwerker nicht liefern können.

Staatssekretär **Dr. Nieberding** erwidert, daß die Regierung berechtigten Wünschen wohlwollend gegenüberstehe.

In einer Polemik mit dem Abg. **v. Maltzan** (k.) führt

Abg. **Stadthagen** aus, daß die Begründung des ehrengerichtlichen Erkenntnisses gegen ihn sich auf Dinge stütze, die nicht bewiesen seien; dazu gehöre auch der Vorwurf der Gebührenüberhebung. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, da er mit Bezug auf den Abg. v. Maltzan gesagt hatte, wer trotz der Veröffentlichungen, die er, Stadthagen, in der Presse habe erfolgen lassen, die andere Auffassung vertrete, sei ein ganz gemeiner Verleumder.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Telefunkengesetz, Scheckgesetz, Etat. Schluß 7 Uhr.

* * *

+ **Der Reichszuschuß für die Kolonieschule in Engelsport** wurde von der Budgetkommission des Reichstages **gestrichen.**

(+) **Die Branntweinsteuerkommission des Reichstages vertagte** ihre heutige Sitzung mit Rücksicht auf die durch die Ernennung eines neuen Reichsschatzsekretärs geschaffene Lage auf unbestimmte Zeit, nachdem Ministerialdirektor Dr. Kühn vom Reichsschatzamt erklärt hatte, daß er über die weitere Gestaltung der Branntweinsteuer nichts mitteilen könne.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 21. Februar 1908.

In der heutigen Sitzung wird zunächst in 2. Lesung die Vorlage betreffend die **Dampffährenverbindung Saßnitz-Trelleborg** angenommen, worauf die

2. Lesung des Kultusetats

beim Abschnitt **„Höheres Mädchenschulwesen"** fortgesetzt wird. Die einzelnen Abgeordneten äußern hierbei, wie auch bei dem folgenden Titel **„Elementarschulwesen"** zumeist nur Wünsche rein lokaler Natur. U. a. fordert Abg. Dr. **Tournean** (Z.) höhere Naturalablösungssätze für Lehrer und Geistliche. Statt der Ablösungsgelder sollte man ihnen festumgrenzte Gehaltszuschüsse bewilligen; und Abg. **Faltin** (Z.) fordert Kautelen gegen eine Verteilung des allgemeinen Fonds nach politischen Grundsätzen. Von den Erklärungen, welche zu der heutigen Weiterberatung des Etats seitens der Regierung mehrfach abgegeben werden, ist die des **Kultusministers Holle,** daß die Verwaltung bestrebt sei, eine Sicherung der Lehrerinnenkategorie herbeizuführen, von größerem Interesse: Bei der allgemeinen Privatbeamtenversicherung im Reiche sollen danach auch die Privatschullehrerinnen Berücksichtigung finden. Ferner spricht sich ein Regierungskommissar gegen die Ausdehnung der Ostmarkenzulage für Oberschlesien aus. Heute abend wird der Etat weiter beraten werden.

* * *

Abendsitzung.

In der Abendsitzung wird der **Kultusetat** weiter beraten. Abg. **Marx** (Z.) unterstützt die Wünsche über **Förderung** des jüdischen Religionsunterrichts. — Abg. **v. Savigny** (Z.) wünscht eine Vorlage, welche die besondere Fürsorge für **taubstumme Kinder** zum Gegenstand hat. Heute müßten die ärmeren vielfach noch an dem allgemeinen Schulunterricht teilnehmen. Außerdem müßten für die Geistlichen Kurse eingerichtet werden, damit sie die Seelsorge bei den Taubstummen ausüben können. — Ein **Regierungskommissar** sagt Prüfung der Anregungen zu. Erhebungen seien eingeleitet. — Abg. **Heisig** (Zentr.) bedauert, daß der neue Lehrplan für den Zeichenunterricht nicht auch auf Vorschulen ausgedehnt werden solle. — Abg. **Stanke** (Zentr.) bemängelt die Forderungen für Wohngebäude der Kreisschulinspektoren an Orten, wo Richter und andere Beamten Wohnung fänden. — Ein **Regierungskommissar** bestreitet, daß die Kosten zu hoch seien, solche Wohnungen würden auch für andere Beamte, Richter, Baumeister usw. errichtet.

(Bei Schluß des Berichts ist die Sitzung noch nicht zu Ende.)

* * *

(36. Sitzung vom 22. Februar 1908.)

In der heutigen Sitzung wird zunächst der Gesetzentwurf, betreffend die **Eisenbahn-Dampffährenverbindung** zwischen Saßnitz und Trelleborg in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Alsdann wird die Beratung des

Kultusetats

beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft" fortgesetzt. Abg. **Strosser** (kons.) wünscht, daß die Doubletten der Berliner großen Museen den Provinzialmuseen überwiesen werden. — Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.) dankt für die Unterstützung des oberschlesischen Museums. — Abg. **Seydel** (ntl.) wünscht die Wiederherstellung des Denkmals der Gräfin Reden bei der Kirche Wang im Riesengebirge. — Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.) bittet um einen Zuschuß für das in Wyck auf Föhr bestehende Museum. Auf Anregung des Abg. **v. Henings** (kons.) erwidert Minister **Holle,** es sei richtig, daß in der Nationalgallerie einige französische Bilder sich befinden, in der Hauptsache sei aber die Nationalgallerie für die Pflege der deutschen Kunst bestimmt. Im übrigen komme das Ausland in den königlichen Museen gebührend zu seinem Recht. — Abg. Dr. **Wagner** (frk.) wünscht einen Zuschuß für die Erdbebenstation bei Breslau. — Abg. **Schiffer** (ntl.) bespricht die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung und wünscht eine Ausbauung dieses Instituts zu einer Akademie für Verwaltungsbeamte. — Minister **Holle** erklärt, die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung habe vortreffliche Erfolge erzielt. Sie verdiene darum, weiter gefördert zu werden. Die vortrefflichen Erfolge seien es aber auch, die keinen Anlaß zu irgend einer Aenderung dieser Organisation gäben. — Abg. Dr. **Wagner** (frk.) polemisiert gegen den Abg. Hammer, der bei früherer Gelegenheit den Leiter der Kunst- und Gewerbeschule in Breslau angegriffen hatte. — Abg. **Schröder-Kassel** (ntl.) äußert Wünsche für den geplanten Neubau eines hessischen Landesmuseums in Kassel. — Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft" wird genehmigt.

Beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen" tritt Abg. **Münsterberg** (frs. Vgg.) für eine Gleichstellung der technischen Hochschulen mit den Universitäten ein und weist die Anschauung eines Professors zurück, daß die technischen Hochschulen überhaupt keine Hochschulen seien. — Minister **Holle** hält eine vollständige Gleichstellung der technischen Hochschulen und der Universitäten aus dem Grunde nicht für angezeigt, weil sie in ihren Zielen ganz verschieden seien. **Was** die Präsentation zum Herren haus betreffe, so haben die technischen Hochschulen kein Präsentationsrecht, welches bei den Universitäten auf Gesetz beruhe. — Abg. **Rosenow** (frs. Vp.) wünscht, daß die Studierenden an technischen Hochschulen, die Betriebsleiter und Ingenieure werden wollen, in der Gewerbehygiene ausgebildet werden. — Abg. Dr. **Wagner** (frk.) wünscht, daß an der in Breslau zu errichtenden technischen Hochschule Gelegenheit zum Studium der Handelswissenschaft gegeben werde. — Geheimrat **Naumann** erwidert, die organische Einfügung solcher Kurse in die technischen Hochschulen könne nicht stattfinden.

Beim Kapitel „Medizinalwesen" fordert Abg. Dr. **Rügenberg** (Ztr.), daß bei der allgemeinen Besoldungsaufbesserung auch die Kreisärzte eine Gehaltserhöhung erfahren. — Minister **Holle** erklärt, die Entwickelung habe dahin geführt, daß die Zahl der voll besoldeten Kreisärzte fortgesetzt erhöht worden sei. Auch in diesem Jahre seien 6 neue Stellen eingestellt. — Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.) fragt, wie es mit Maßregeln gegen die schwarzen Pocken in Oberschlesien stehe, und empfiehlt eine gesetzliche Regelung des Hebammenwesens. — Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß die Befürchtung in Oberschlesien, daß durch ausländische Arbeiter die schwarzen Pocken eingeschleppt werden könnten, berechtigt sei. Aber zu Epidemien sei es noch nicht gekommen infolge des Impfungsgesetzes. Eine obligatorische Leichenschau könnte manches Gute leisten. Allgemein lasse sie sich leider noch nicht einführen. — Abg. **Lüdicke** (frk.) wünscht mehr hauptamtliche Kreisarztstellen und eine Besserstellung der Kreisärzte. — Minister **Holle** erklärt auf Anfrage des Vorredners, daß eine Statistik über die Zahl der Krüppel jetzt bearbeitet werde. Liege diese vor, werde man sich klar zu werden haben, in welcher Weise die Krüppelfürsorge zu pflegen sei. — Abg. **Geisler** (Ztr.) hält eine Untersuchung der Nahrungsmittel für notwendig. — Abg. **Quehl** (kons.) klagt über zu komplizierte Vorführungen auf dem Gebiete des Medizinalwesens. — Abg. **Marx** (Ztr.) spricht ebenfalls für eine Besserstellung der Kreisärzte. Die bestehende Nahrungsmittelkontrolle habe sich ja gegenüber dem früheren Zustande gebessert, aber sie entspreche nicht den früheren Beschlüssen des Hauses und des Reichstages. Die Nahrungsmittelkontrolle müsse durch hauptamtlich auf Kosten des Staates angestellte Beamte ausgeübt werden. Die Weinkontrolle solle nicht nur in Weinbaubezirken, sondern insbesondere in großen Städten, wo der Wein hauptsächlich konsumiert werde, stattfinden. — Regierungskommissar Geheimrat **Abel** erwidert, die Nahrungsmittelkontrolle solle vor allem verhindern, daß das Publikum für gutes Geld schlechte Ware erhalte. Die Regierung habe Veranlassung genommen, die Nahrungsmittelkontrolle auszubauen durch Errichtung von zuverlässigen Untersuchungsanstalten und durch Anweisungen an die Polizeiorgane zur Vornahme der Untersuchungen. Eine Kontrolle durch den Staat sei aber in den deutschen Bundesstaaten nicht vorhanden, sie müsse in der Hauptsache den Gemeinden überlassen bleiben.

Die Debatte wird geschlossen und das Kapitel „Medizinalwesen" bewilligt. Am nächsten Montag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Arbeiterbewegung.

Streik in den Hahn'schen Werken in Großenbaum.

Am 19. Februar legten sämtliche Arbeiter, im ganzen etwa 80 **Personen,** im Stahlwerk der Hahnschen Röhrenwerke in Großenbaum **die Arbeit nieder.** Die Ursache zu diesem plötzlichen Streik liegt in **ganz enormen Lohnabzügen,** die bei einer Kategorie je 27, 28, bei einer sogar 33 Prozent beträgt. Die bisher schon am niedrigsten bezahlten Arbeiter, von denen etwa 50 in Betracht kommen, wurden um ein Drittel ihres bisherigen Lohnes gekürzt. Da die Firma ihre angesagte Lohnreduzierung von 15 Prozent so weit überschritten und damit nach Ansicht der Arbeiter wortbrüchig geworden war, legten die Arbeiter wie ein Mann ohne Einhaltung der Kündigungsfrist plötzlich die Arbeit nieder. Leider waren die Arbeiter bisher unorganisiert, haben sich nunmehr jedoch zum größten Teile dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen, der daraufhin die Leitung der Bewegung in die Hand genommen hat. Die Direktion der Hahnschen Werke lehnte ein Verhandeln mit dem Vertreter des genannten christlichen Verbandes ab; einer von den Arbeitern vorgeschickten

Kommission wurde schroff erklärt, mehr Lohn gebe es nicht, wer damit nicht zufrieden sei, möge seine Papiere holen. Daraufhin beschlossen die Arbeiter nahezu einstimmig, im Ausstande zu beharren.

„Große" landwirtschaftl. Woche.

bcc. **Berlin**, 20. Febr.

Von den weiteren Verhandlungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft haben nur wenige Gegenstände allgemeineres Interesse. So besprach man heute im Sonderausschuß für Landarbeit die beabsichtigte Gründung eines

landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes.

Der Verband soll sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken und die deutschen Landwirte zur Selbsthilfe, besonders in der jetzt so schwierigen Landarbeiterfrage vereinigen, ohne indes eine Kampforganisation zu sein. Die Verhandlungen über diese Frage waren nicht öffentlich. Weiter wurde Bericht über die durch Kreiskommunalverbände erfolgte

Landarbeiter-Ansiedelung

erstattet. In Ostpreußen haben sich von 35 Landkreisen 28 grundsätzlich bereit erklärt, der Frage näherzutreten. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß ohne Risiko die großen, in den Landesversicherungsanstalten aufgesammelten Kapitalien zur Lösung der Landarbeiterfrage nutzbar gemacht werden könnten. Zum Schluß wurden noch einige Vorträge betr. die praktische Landwirtschaft gehalten, so über die systematische Einteilung und Benennung der Getreidesorten für praktische Zwecke und über die große Gefahr für die Kartoffelernte.

Westfalen — Rheinland.

★ **Dülmen**, 25. Februar 1908.

★ **Neue Titel.** Nachdem die preußische Staatseisenbahnverwaltung für verschiedene Chargen ihrer mittleren und Unterbeamten neue Amtsbezeichnungen, wie zum Beispiel Oberbahnhofsvorsteher, Oberbahnassistent, kommissarischer Bahnassistent, Eisenbahnaushelferin, Eisenbahndienstanfänger usw. eingeführt hat, sollen, wie man hört, auch die Haltestellenverwalter, sowie die im Stations- und Güterabfertigungsdienst beschäftigten Weichensteller 1. Kl. und die Eisenbahngehilfen in Zukunft anders benannt werden und zwar hat man für diese Beamtenklasse als neue Amtsbezeichnung den Titel „Bahnhofsaufseher", „Unterassistent" und „Kommissarischer Unterassistent" vorgesehen.

★ **Die Genickstarre 1907.** An Genickstarre kamen in Preußen ausweislich der Wochennachweisungen über die amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten im Jahre 1907 insgesamt 2724 Erkrankungen an übertragbarer Genickstarre zur Anzeige. Zum Tode führten 1224 Erkrankungen. Von den Provinzen entfielen auf Brandenburg 112 Erkrankungen (38 Todesfälle), Groß-Berlin 70 Erkrankungen (27 Todesfälle), Berlin 54 (20), Charlottenburg 5 (3), Rixdorf 6 (3), Schöneberg 1 (1), Wilmersdorf 4, Bezirk Potsdam 27 (9), Potsdam 1 (1), Spandau-Stadt 4 (1), Bezirk Frankfurt 15 42), Pommern 26 (11), Bezirk Stettin 10 (6), Stadt 5 (3), Schlesien 382 (225), Bezirk Breslau 96 (52), Breslau-Stadt 26 (18), Bezirk Liegnitz 30 (14), Oppeln 266 (158), Sachsen 19 (6), Bezirk Magdeburg 14 (6), Magdeburg-Stadt 1, Bezirk Merseburg 3, Erfurt 2, Schleswig-Holstein Bezirk Schleswig 83 (45), Altona 37 (22), Flensburg-Land 1, Kiel-Stadt 17 (6), Hannover 63 (33), Bezirk Hannover 11 (2), Hannover-Stadt 3, Hannover-Land 1, Westfalen 1180 (446).

★ **Ein eigenartiger, besonders in Brieftauben-Sportkreisen interessierender Betrugs-Prozeß** beschäftigte am Dienstag die Essener Strafkammer. Wegen Betruges und Betrugsversuchs bezw. wegen Beihilfe zum Betrug, nahmen auf der Anklagebank Platz der Wirt Bernard Quast, sowie dessen Schwager Schlosser Friedrich Lange, beide aus Borbeck. Quast war früher Mitglied der Militär-Brieftauben-Reisevereinigung für Essen und Umgegend, welche wie alljährlich, so auch in den Jahren 1906 und 1907 Wettflüge von Breslau nach Essen veranstaltete. Kurze Zeit vor dem Wettfluge reiste Quast nach Breslau und kaufte dort von den Wirten Zain und Nowack in deren Schlägen ansässige Brieftauben, die er dann mit nach Borbeck nahm. Diese setzte er dann unter dem Vorgeben, sie seien auf seinen Schlag eingewöhnt, zu den höchstmöglichsten Einsätzen zu den Wettflügen ein. Die Tauben wurden wie die übrigen mit den vorschriftsmäßigen, mit Nummern versehenen Gummifußringen ausgerüstet und vom Verein mit den übrigen Tieren nach der Militärverwaltung nach Breslau geschickt, wo sie zum Fluge aufgelassen wurden. Der Angeklagte Lange reiste dann im Auftrage von Quast zur Zeit des Auffluges nach Breslau und holte die vordem in Breslau gekauften Tauben, welche nach Art dieser Tiere vom Auffluge aus in ihre früher hergewöhnten Schläge bei Zain und Nowack zurückkehrten, dort unter dem Vorwand, sie seien ihm entflogen, ab und reiste schleunigst mit diesen Tauben nach Borbeck zurück. Da bekanntlich Brieftauben während der Nacht ihren Flug unterbrechen, so war es möglich, daß Lange mit diesen Brieftauben früher ankam, als die anderen in ordnungsmäßiger Weise beteiligten Tauben eintreffen konnten. Durch solche Umtriebe gelang es Quast, sich im Jahre 1906 Preise im Gesamtwert von 2480 Mark zu erschwindeln. Nach Abzug seiner Einsätze von 568 ℳ blieben ihm 2272 ℳ. Im Jahre 1907 versuchte Quast abermals einen derartigen Koup, der jedoch durch das wachsame Auge des Verbandes der Brieftaubenvereinigung verhindert wurde. Das Gericht sprach Lange wegen Mangels an Beweisen frei und verurteilte Quast zu 6 Monaten Gefängnis und 500 ℳ Geldstrafe.

—o—

○ **Sendenhorst**, 19. Febr. Zwei Paar Strümpfe stahl der Ackerknecht Bernh. Gallenkämper einem Dreschmaschinenbesitzer. Hierfür sowie für einen bei der Post versuchten Einbruchsdiebstahl, bei dem er das Pech hatte, abgefaßt zu werden, erkannte das Gericht gegen ihn auf 2 Monate und 1 Tag Gefängnis, beschloß aber gleichzeitig, ihn, da er noch keine 18 Jahre alt ist, auf die Liste der bei guter Führung zu Begnadigenden zu setzen.

cb. **Münster**, 22. Febr. Althoffehrung. Die hiesige rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät hat, laut „Münster. Universitätsztg.", ihrem Ehrendoktor, Exzellenz Dr. Althoff, aus Anlaß seines Scheidens aus dem Staatsdienste eine kunstvoll gefertigte Adresse übersandt, in der sie einmal die allgemeinen Verdienste des früheren Ministerialdirektors um den Ausbau des höheren Unterrichtswesens, insbesondere der Universitäten hervorhebt, besonders aber für die Verdienste ihren schuldigen Dank abstattet, die sich Exzellenz Althoff um die Münstersche Hochschule, vor allem um die rechts- und wissenschaftliche Fakultät erworben hat.

cb. **Münster**, 22. Febr. Durch die Presse geht die Meldung, Rektor, Senat und Studentenschaft der Westfäl. Wilhelm-Universität bereiteten eine Protestkundgebung vor gegen die Ausführungen des Staatsanwalts im Prozeß gegen den Studenten Pagenstedt, soweit sie das sittliche Niveau der hiesigen Studentenschaft kritisierten. Der Protest solle in den nächsten Tagen erscheinen. — Hierzu wird uns mitgeteilt, daß eine derartige Protestkundgebung zwar geplant, aber wieder aufgegeben wurde, da die Preßberichte über das Plaidoyer des Staatsanwaltes sehr voneinander abweichen und auch mit den wirklich gefallenen Äußerungen nicht übereinstimmen sollen.

★ **Ochtrup**, 21. Febr. Am Dienstag verstarb hier die Vorsteherin des hiesigen Pius-Hospitals, Schwester Evangelista. Die Verstorbene war, nach dem „Münst. Anz.", geboren zu Osnabrück am 29. Februar 1836, trat im Jahre 1858 in die Genossenschaft der Krankenschwestern vom hl. Franziskus und wirkte alsdann 4 Jhre in Drensteinfurt und 11 Jahre in Lüdinghausen. Dem hiesigen Pius-Hospital stand sie seit Gründung desselben im Jahre 1873 als Oberin vor. Mit seltener Pflichttreue und unter großen Opfern hat sie für die Entwickelung unseres Krankenhauses gearbeitet ued sich der Krankenpflege mit außergewöhnlicher Berufsfreudigkeit hingegeben.

★ **Ibbenbüren**, 20. Febr. Infolge mangelhaften Absatzes hat die hiesige Königl. Berginspektion eine Arbeitseinschränkung für den größten Teil der Belegschaft des Königl. Steinkohlenbergwerks Ibbenbüren eintreten lassen. Vorläufig ruht die Arbeit am Mittwoch jeder Woche. Weitere Einschränkungen und Arbeiterentlassungen werden befürchtet. Die Belegschaft der Zeche zählt rund 1000 Personen.

★ **Bielefeld**, 22. Febr. Aufgegriffen wurde am vergangenen Montag am Nebelstor eine etwa 13jährige Schülerin, die sich Grete Wohnick nannte. Geburt und Wohnort oder andere Auskunft über ihre Personalien waren nicht zu ermitteln. In der Kleidung befindet sich ein roter Stern mit dem Zeichen G. W. und Nr. 32.

★ **Rüthen**, 21. Febr. Die kürzlich am hiesigen Lehrerseminar unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulrats Dr. Flügel aus Münster stattgehabte Lehrerprüfung hatte ein günstiges Ergebnis; sämtliche 33 Examinanden bestanden.

★ **Büren**, 21. Febr. Am 1. April d. Js. sind 25 Jahre verflossen, seitdem Herr Seminardirektor Freusberg die Leitung des hiesigen katholischen Lehrerseminars übernahm. Aus diesem Grunde trifft das Seminar Vorbereitungen, um das Jubiläum in würdiger Weise zu feiern.

★ **Deifeld** (Krs. Brilon), 21. Febr. Bei dem Landwirt W. Lichte zu Wissinghausen, Pfarrei Deifeld, hat der Kaiser bei der Geburt des siebten Sohnes die Patenstelle übernommen. — Der politischen Gemeinde Deifeld wurde in diesen Tagen die nicht gerade erfreuliche Notwendigkeit bekannt gegeben, daß für das Etatsjahr 1908 im ganzen 544 Prozent der Grund-, Gebäude- und Einkommensteuern als Kommunalsteuern zu erheben seien.

★ **Aus dem Sauerlande**, 21. Febr. Man schreibt der „Trem.": Daß das Pferd ein kluges Tier ist, ist allgemein bekannt. Es kennt seine Schmiede und sämtliche Stationen, die ihm Futter- und Raststätten sind. Daß es auch in Krankheiten seinen Arzt aufsucht, das hat ein tatsächlicher Vorfall bezeugt. Ein von Kolik geplagtes Tier, das früher mit Erfolg von einem in der Tierarznei kundigen Landwirt behandelt war, suchte nach einem erst nach längeren Jahren erfolgten Rückfalle in dieselbe Krankheit den früheren Wohltäter in benachbarter Gemeinde auf. Das Pferd hatte bei geöffnetem Stall diesen verlassen, ohne Wissen der Familienglieder. Eine Nachforschung führte zur Bestätigung, daß es seinen Arzt selbst aufgesucht hatte. Na, Na!

★ **Schwelm**, 21. Febr. Eine Freundschaft, die zu weit geht! Der Schmiedegeselle Jos. H. hatte im März 1906 eine Haftstrafe von 14 Tagen zu verbüßen. Aus reinster Menschenfreundlichkeit und ohne daß H. etwas zahlte, hat nun der Bahnarbeiter A. K. diese Strafe unter dem Namen des H. verbüßt, hat auch immer pünktlich auf diesen Namen gehört und schließlich auch als H. die betr. Gefängnisurkunde unterzeichnet. Die Sache kam schließlich doch ans Licht, und nun muß H. mit 2 Wochen, K. mit 1 Woche Gefängnis büßen.

★ **Dortmund**, 21. Febr. Die Kaffeekanne. Der 3½jährige Sohn des Schlossers Heinrich Oehlerking kam dadurch zu Tode, daß er aus einer mit heißem Kaffee gefüllten Kanne trank und sich dabei schwere innere Verletzungen zuzog. — Der 16jährige Laufbursche Wicke, der in Abwesenheit des Chefs in dem Tapetengeschäft Eggers die Kasse erbrochen hatte und mit 500 ℳ flüchtig geworden war, ist in Köln verhaftet worden. In seinem Besitz befanden sich noch zirka 300 ℳ.

★ **Dortmund**, 22. Febr. Heute mittag versuchte der Buchhalter Walter Scheiffler sich und seine Stiefschwester, die seine Liebesanträge zurückwies, in deren Wohnung zu erschießen. Die Stiefschwester erhielt anscheinend auf der Flucht zwei nicht schwere Verletzungen in den Rücken. Nach der Tat richtete Sch. die Waffe gegen sich selbst und brachte sich zwei tödliche Schüsse in die Herzgegend bei.

p. **Bochum**, 20. Febr. Die strikte Ablehnung der paritätischen Zusammensetzung der Schuldeputation und die Einrichtung von konfessionellen Schulkommissionen seitens der liberalen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat in der katholischen Bürgerschaft tiefste Entrüstung hervorgerufen. Die Zentrumspartei hielt gestern in der Tonhalle gegen diesen Beschluß eine Protestversammlung ab, die von 3500 Männern aller Stände besucht war. Hunderte mußten vor dem überfüllten Saale zurückkehren! Justizrat Dickamp erörterte die Rechte und Aufgaben der Schuldeputation: In der letzten Versammlung der Stadtverordneten habe man vergebens mit allen parlamentarischen Mitteln versucht, eine paritätische Zusammensetzung der Schuldeputation zu erreichen gegen eine liberale Mehrheit, deren Ziele auf eine Simultanisierung der Volksschule hinauslaufen. Die scharfe Stellungnahme der Katholiken Bochums gegen den ablehnenden Beschluß würden evangelische Mitbürger verstehen, wenn der Liberalismus sein Ziel, Entkonfessionalisierung der Volksschule, erreicht habe. Die Machtpolitik des Liberalismus in der Schulfrage Bochums zeige den Katholiken, wie wichtig die Kommunalwahlen sind; bei den nächsten Wahlen werde man jeden Kandidaten prüfen nach seiner Stellungnahme zur konfessionellen Schule. Die Katholiken Bochums würden nicht ermüden in dem Kampfe für die Erhaltung der konfessionellen Schule. (Demonstrativer Beifallssturm.) Stadtv. Löchtermann bezeichnete als grobe Entstellung der Wahrheit, wenn die gegnerische Presse behaupte, der Führer der liberalen Mehrheit habe nicht das Wort geprägt: Entkonfessionalisierung der Volksschule sei der Sinn des neuen Schulunterhaltungsgesetzes und nahm für die Katholiken das Recht in Anspruch, in der wichtigsten Frage der Schule bei solch straffer Ablehnung der Liberalen Protestversammlungen einzuberufen. Gegen das Wort des liberalen Stadtv. Dr. Mehrmann, die Volksschule sei eine Einrichtung des Staates, könne aus der Geschichte heraus nicht scharf genug protestiert werden. Der protestantische Geschichtsforscher Raumer rühme der Geistlichkeit nach, die Volksschulen gegründet zu haben. Die katholische Bevölkerung erkenne in dem ablehnenden Beschluß der Liberalen einen Schritt zur Simultanisierung der Volksschule. Die wichtigste Aufgabe der Deputation sei die Auswahl der Lehrer. Seit Jahren habe sich in der Stadtverwaltung die Gewohnheit festgesetzt, katholische Lehrer in liberalen Zeitungen zu suchen. Gute religiöse Lehrer bürgten für eine sittlich-religiöse Erziehung der Kinder. Nur mit einem lebendig religiösen Gefühl sehe der Lehrer die Kinder als unsterbliche Seelen an, für die er verantwortlich sei. Das Wort eines Magistratsredners, er fürchte die Macht der Geistlichkeit in der Schule, zeige, wohin der Weg in Bochum gehe. An dem Kampfe für die konfessionelle Schule, der in hiesiger Stadt noch schwerer entbrennen werde, bedürfe es des engsten Zusammenschlusses der gesamten katholischen Bevölkerung. Den katholischen Kindern dem berechtigten Einfluß der Kirche entziehen, trete man mit aller Energie entgegen. (Stürm. Beifall.) In der Agitation für die konfessionelle Schule bedürfe es der äußersten Kraftleistung. Der Redner empfahl sodann folgenden Protest zur Annahme: „Die Versammlung erklärt den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, durch welchen die paritätische Gestaltung der Schuldeputation und die Einsetzung konfessioneller Schulkommissionen abgelehnt ist, als dem Recht der Billigkeit und Zweckmäßigkeit widersprechend und beauftragt die Stadtverordneten Dickamp und Löchtermann die zulässigen, geeigneten Schritte gegen diesen Beschluß zu tun." Die Zustimmung zu diesem Proteste brachte die Massenversammlung durch stürmischen Beifall zum Ausdruck, der einen wahrhaft frenetischen Charakter annahm, als der Vorsitzende der Versammlung, Dr. med. Fischer, den Vorkämpfern der Katholiken Bochums in der Schulfrage im Stadtparlamente den wärmsten Dank für ihr entschiedenes Eintreten aussprach.

★ **Bochum**, 29. Febr. Der Friseur Riedländer aus Eickel liebt in seinen Ankündigungen starke Schlagworte. Er hatte Reklamezettel drucken und verteilen lassen, aus denen die Stichworte „Telegramm!", „Großer Tagesbruch!" und „Hingerichtet!" hervorleuchteten. Das Schöffengericht erblickte darin groben Unfug und erkannte gegen den Friseur auf 10 ℳ Geldstrafe. Die Strafkammer, die sich als Berufungsinstanz ebenfalls mit der Sache zu beschäftigen hatte, stellte sich auf denselben Standpunkt und wies die Berufung ab. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, der Inhalt der Zettel sei geeignet gewesen, das Publikum aufzuregen.

★ **Vottrop**, 21. Febr. Heute vormittag erhängte sich hier der Gerichtsvollzieher Linke. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Linke hatte sich erst vor einigen Wochen mit einer jungen Dame aus Gelsenkirchen verlobt.

★ **Barmen**, 21. Febr. Der Deutsche Dachdecker-Verband hält hier am 23. und 24. Febr. seinen Verbandstag ab.

★ **Essen**, 21. Febr. Ein tragischer Tod. Der 18jährige Sohn eines Arbeiters verletzte den Sohn und die Tochter einer in demselben Hause wohnenden Familie durch Messerstiche lebensgefährlich. Eine andere dort wohnende Frau wurde durch den Auftritt so erregt, daß sie vom Schlage gerührt wurde und bald darauf starb. Der Täter wurde verhaftet.

★ **Altenessen**, 21. Febr. Hier scheute das Pferd des Fuhrmanns Salmon von der Zeche „Neu-Essen" und rannte gegen einen Baum. Salmon stürzte infolge des heftigen Anpralls vom Wagen und brach das Genick. Der Tod trat auf der Stelle ein.

□ **Vorbeck**, 21. Febr. Der Brand im Manufakturwarenhaus Löwenstein ist heute mittag gelöscht worden. Das ganze Haus ist vollständig vernichtet. Die stark bedrohte katholische Kirche blieb vom Feuer verschont. Bis zur Hälfte niedergebrannt sind auch die Gebäude des Goldwarenhändlers Furtges und des Buchbinders Wagner.

★ **Mülheim** a. Rh., 21. Febr. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig beschlossen, mit der Stadt Köln in Unterhandlungen zu treten wegen einer eventuellen Eingemeindung von Mülheim nach Köln.

★ **Duisburg**, 22. Febr. In das Goldwarengeschäft Adam Kastor in der Werthauerstraße wurde in der letzten Nacht eingebrochen. Der durch das Geräusch erwachende Ladeninhaber wurde von einem Diebe überfallen und durch Messerstiche schwerverletzt. Ein zweiter Dieb raubte in der Zwischenzeit etwa 25 Taschenuhren und andere Gold- und Silbersachen. Einer der Diebe, die entkommen sind, ist erkannt worden.

★ **M.-Gladbach**, 21. Febr. Betriebseinschränkung. In einer gestern abend abgehaltenen Sitzung wurde von den Imitatgarnspinnereien des M.-Gladbacher Bezirks beschlossen, sich dem Vorgehen der sächsischen Imitatgarnspinnereien anzuschließen und einstweilen bis Ostern einen Tag in der Woche zu feiern, um ein weiteres Sinken der Imitatgarnpreise zu verhindern. Die Betriebe sollen an den beiden Karnevalstagen und Montags ruhen. In Betracht kommen etwa 70000 Spindeln in Betrieben von M.-Gladbach, Rheydt, Odenkirchen und Giesenkirchen.

★ **Meri**, 21. Febr. Als der Halter des Gemeindestieres den Stall betrat, riß sich der Stier los und stürzte sich auf den bejahrten Mann, ihn mit den Hörnern derart bearbeitend, daß der Tod alsbald eintrat. Dann lief die Bestie auf die Straße und rief große Aufregung hervor. Jedoch gelang es, das Tier einzufangen, ehe es noch weiteres Unheil angerichtet hatte.

★ **Saarbrücken**, 19. Febr. Der Kampf gegen die abseits von den Kriegerverbänden stehenden Kriegervereine im Saarrevier nimmt an Schärfe zu. Nunmehr hat sich auch die Schulbehörde eingemischt. Der Kreisschulinspektor Dr. Weis von Saarlouis hat an einen Lehrer in Schwarzenholz, der Schriftführer des dortigen Militärvereins war, folgendes Schreiben gerichtet:

Durch Schreiben des Herrn Landrats ist es mir bekannt geworden, daß Sie Mitglied und Schriftführer eines neugegründeten Militärvereins sind, dessen Satzungen nicht die polizeiliche Bestätigung fanden, weil behördlicherseits grundsätzlich einer Zersplitterung des Kriegervereinswesens entgegengearbeitet wird.

Ich muß mich wundern, daß Sie als Lehrer durch Mitbegründung eines derartigen Vereins Uneinigkeit im Dorfe stiften und fördern helfen. Pflicht eines jeden Lehrers ist es, sich aus Zwistigkeiten jedweder Art herauszuhalten. Ich veranlasse Sie daher, aus dem neugegründeten Militärverein auszuscheiden. Dr. Weis.

Herrn Lehrer Stoller, Schwarzenholz. — Direkt, weil der Herr Lokalschulinspektor abwesend ist."

Dieses Schreiben des Kreisschulinspektors ist auf das schärfste zu mißbilligen. Es bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine Einmischung der Schulbehörde in eine Angelegenheit, die sie nichts angeht als solche, weil sie außerhalb ihrer Zuständigkeit liegt. In politischer Beziehung muß den Lehrern volle Freiheit gelassen werden; zum allerwenigsten muß man verlangen, daß sich die Schulbehörde nicht einseitig für eine bestimmte Partei ins Zeug legt und die Lehrer zu Schleppenträgern der Regierung degradiert. Der Kampf gegen die Kreisverbände der Kriegervereine ist entstanden aus der satzungswidrigen Betätigung der letzteren während der letzten Reichstagswahl. Die Kreisverbände müssen daher auch die Folgen tragen. Die Lehrer aber haben gerade so gut ein Recht, mitzuwirken, daß ihre Rechte als Kriegervereinsmitglieder gewahrt werden, wie jeder andere Staatsbürger, und wenn die Schulbehörde das durch ihre Maßnahmen verhindert, so überschreitet sie ihre Kompetenzen.

Kurzer Getreide-Wochenbericht

der

Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats

Die rückläufige Preisbewegung auf dem Getreidemärkten hat in der Berichtswoche weitere energische Fortschritte gemacht. Während der letzten zwei Geschäftstage ist zwar eine gewisse Beruhigung eingetreten und die Preise haben sich wieder leicht erholt; ob aber damit der Tiefpunkt überschritten und eine entscheidende Änderung der Marktlage bereits zu erhoffen ist, läßt sich um so schwerer sagen, als das Vertrauen zu den bestehenden Wertverhältnissen durch die letzten Vorgänge ernstlich erschüttert wurde. Das geht am besten daraus hervor, daß selbst zu den stark reduzierten Preisen nur wenig Neigung zu neuen Unternehmungen vorhanden war. Allerdings sind es zur Zeit die starken Abladungen von Nord- und Südamerika, welche die Käufer zu vorsichtigem Eingreifen veranlassen. Es fragt sich nur, wie lange Nord-Amerika seine Ausfuhr in der bisherigen Weise fortsetzen kann. Unter dem allgemeinen Druck leidet naturgemäß auch das Geschäft auf den deutschen Märkten sehr empfindlich. Versuche, die Kauflust durch Preiszugeständnisse anzuregen, hatten angesichts fortgesetzter Rückgänge auf den Terminmärkten keineswegs den erwünschten Erfolg. Weizen ist infolge seiner Abhängigkeit vom Weltmarkte an die Preisbewegung des Auslandes gebunden und dementsprechend ziemlich empfindlich im Werte herabgedrückt worden. Aber auch Roggen wurde diesmal stärker in Mitleidenschaft gezogen, die Schwierigkeit des Absatzes aber noch durch den Umstand verschärft, daß vielfach abfallende Qualitäten zum Verkauf gestellt wurden. Im allgemeinen erweist sich das inländische Angebot weniger drückend als die geringe Aufnahmefähigkeit des Konsums, trotzdem die Versorgung desselben meist nicht allzu reichlich ist. Die unerfreuliche Lage des Hafermarktes wird durch das Fehlen jeglichen Absatzes nach dem Auslande nur noch erhöht, denn der inländische Bedarf stellt andauernd äußerst geringe Ansprüche; nahezu völlig vernachlässigt bleibt das reichliche Angebot von geringen Qualitäten. Auch Futtergerste war nur zu billigeren Preisen zu verwerten. Mais hat seinen Preisstand wenig verändert; die Bestände in diesem Artikel sind knapp. Auch weniger günstige Aussichten der argentinischen Maisernte boten den Preisen einen gewissen Stützpunkt. Es stellten sich die Preise für inländische Getreide am letzten Markttage:

	Weizen:		Roggen:		Hafer:	
Königsberg	225	— 0	198	+ 2	154	— 1
Danzig	226	+ 1	200	— 0	160	— 0
Stettin	216	— 0	198	+ 1	161	— 2½
Posen	228	— 0	197	— 0	159	— 2
Breslau	225	— 1	203	— 1	161	— 1
Berlin	220	— 0	207	+ 1	176	— 2
Magdeburg	211	— 1	207	— 0	165	— 2
Halle	231	— 7	107	— 1	170	— 5
Leipzig	215	— 0	202	— 2	163	— 5
Rostock	214	— 9	214	—	164	— 2
Hamburg	212	— 2	196	— 2	174	— 6
Hannover	208	— 6	205	— 3	168	— 4
Braunschweig	212	— 2	207	— 2	170	— 2
Münster	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf	220	— 0	200	— 3	173	— 1
Köln	212½	— 5	200	— 2½	172½	— 2
Frankfurt-M.	221½	— 1½	207	— 1½	182	—
Mannheim	227	— 7	213	— 2	185	— 2½
Stuttgart	242½	+ 0	220	+	192½	+
Straßburg	227½	—	210	—	200	—
München	238	— 2	208	— 0	194	— 0

Weltmarktpreise: Weizen: Berlin Mai 210,30 (— 5,50). Budapest April 200,80 (— 4,20). Paris Februar 178,85 (— 3,25). Liverpool März 159,85 (— 6,95). Chikago Mai 139,80 (— 10,30). Roggen: Berlin Mai 203,75 (— 3,—). Hafer: Berlin Mai 169,— (— 1,00).

Kalender der Kram- und Viehmärkte.

Mittwoch, 26. Febr. Viehmarkt in **Bochum und Grunau**; Zucht-Faselviehmarkt in **Dortmund**; Rindviehmarkt in **Cleve.**

Donnerstag, 27. Febr. Viehmarkt in **Hamm** i. W., **Brackwede, Lienen, Melle** und **Ottenstein**; Kleinviehmarkt in **Essen**; Schweinemarkt in **Horst und Xanten.**

Freitag, 28. Febr. Viehmarkt in **Herford, Rheine** und **Wesuwe.**

Montag, 2. März. Krammarkt in **Hallenberg**; Viehmarkt in **Hagen** i. W. und **Aalten**; Kram- und Viehmarkt in **Nienborg**; Schlachtviehmarkt in **Dortmund** und **Essen**; Rindvieh- und Schweinemarkt (2 Tage) in **Dinslaken**; Vieh- u. Schweinemarkt in **Oldenzaal.**

Dienstag, 3. März. Viehmarkt in **Ascheberg, Vottrop, Osnabrück, Recklinghausen** und **Rothemühle**; Kram- und Viehmarkt in **Enger, Heiden, Lichtenau** i. W. und **Minden**; Vieh- und Pferdemarkt in **Winterswyk**; Pferde-, Rindvieh-, Schweine- u. Schafmarkt in **Haaksbergen.**